Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
# 1946

65 (8.8.1946)

Visual Library

# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang | Karlsruhe, Donnerstag, 8. August 1946 | Nummer 65

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.


# Nicht Teilung, sondern Einheit Deutschlands

## Ausführungen General Clays in der 11. Länderratssitzung zur Verfassung — Entwurf eines Eisenbahnabkommens genehmigt — Gesetzentwurf zur Jugendamnestie

**Stuttgart, 7. August. (dana)** Auf der 11. Tagung des Länderrates in Stuttgart ergriff General Lucius D. Clay das Wort. Er sagte u. a.: „Ich bedaure, daß es mir nicht möglich war, Ihrer letzten Tagung beizuwohnen, aber ich mußte zu der Pariser Tagung reisen, um an der Sitzung der Außenminister teilzunehmen.

Wie es Ihnen bekannt ist, wurde nach den Potsdamer Beschlüssen zwischen dem Königreich England, der Sowjetunion und den Ver. Staaten vereinbart, daß Deutschland als eine wirtschaftl. Einheit zu betrachten ist. Dieser Entschluß konnte aus verschiedenen Gründen nicht verwirklicht werden. Die Ver. Staaten wünschen, daß Schritte in dieser Richtung sofort unternommen werden. Aus diesem Grunde hat bei der Tagung der Außenminister in Paris der Außenminister der Ver. Staaten alle anderen Zonen dazu aufgefordert, zusammen mit den Ver. Staaten, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Dieser Schritt wurde nicht unternommen, um eine Teilung Deutschlands herbeizuführen, sondern um die wirtschaftl. Einheit Deutschlands zu beschleunigen. Die Aufforderung, die von dem Außenminister der Ver. Staaten ausging, wurde von der brit. Regierung zustimmend angenommen. Die beiden anderen Regierungen haben ihre Stellungnahme bisher noch nicht mitgeteilt. Gegenwärtig werden zwischen uns und den brit. Vertretern in Berlin Besprechungen geführt, um die allgemeinen Grundsätze für eine völlige Zusammenarbeit unserer beiden Zonen auf wirtschaftl. und anderen Gebieten festzulegen. Dies wird ein schwierigeres Problem sein, als es im ersten Augenblick aussieht, da es unsere Absicht ist, die wirtschaftl. Einheit unserer beiden Zonen herzustellen, ohne damit politisch eine Einmischung zwischen uns und anderen Zonen herbeizuführen. Wir sind uns dessen bewußt, daß die wirtschaftl. Einheit unserer beiden Zonen eine spätere pol. Einheit aller vier Zonen verzögern könnte, und wir wissen, daß die wirtschaftl. Einigung unserer beiden Zonen ohne eine gleichzeitige pol. Einigung große Schwierigkeiten bereiten wird. Ich möchte Sie jedoch unterrichten, daß die wirtschaftl. Einigung unserer beiden Zonen in einer Weise durchgeführt werden wird, die die pol. Struktur, wie sie jetzt in der Zone der Ver. Staaten noch besteht, nicht beeinträchtigen wird. Sobald eine wirtschaftl. Einigung hergestellt sein wird, wird es Ihnen überlassen bleiben, die verwaltungsmäßige Koordinierung zwischen Ihnen und den deutschen Stellen der brit. Zone herbeizuführen. Ich hoffe, daß wir Ihnen die breiteren Gesichtspunkte, unter denen solche Verhandlungen geführt werden, in kürzester Zeit vorlegen können."

### Schutz der Rechte des Einzelnen

„Die zweite Angelegenheit, über die ich heute zu Ihnen reden möchte", fuhr General Clay fort, „ist die Verfassung, die im Augenblick durch die drei verfassunggebenden Versammlungen der drei Länder vorbereitet wird. Etwas, was dem amerik. Herzen teuer ist in der Aufstellung dieser Verfassung ist der Schutz der Rechte des einzelnen. Dies würde jedoch normalerweise in einer nationalen Versammlung festgelegt werden. Da jedoch keine nationale Verfassung besteht, glauben wir, daß Ihre verfassunggebenden Versammlungen ihr Augenmerk auf die Einschließung der vorher erwähnten Grundsätze in Ihren Verfassungen richten werden. Im Hinblick auf die Wichtigkeit dieser Verfassungen für Deutschland als Ganzes möchte ich Sie bitten, Ihre verfassunggebenden Versammlungen darauf hinzuweisen, daß die vorher erwähnten Bestimmungen in einheitlicher Form in allen drei verfassunggebenden Versammlungen niedergelegt werden. Ich möchte es noch einmal wiederholen, daß dies lediglich ein Vorschlag ist, daß diese Anregung Ihnen dargelegt wird im Hinblick auf die Wichtigkeit der vorgesehenen Maßnahmen.

Ich möchte Sie dazu beglückwünschen, daß Sie ein Abkommen zwischen den drei Ländern über die Eisenbahnen fertiggestellt haben. Wie ich höre, haben Sie verschiedene, sehr wichtige Probleme in Bearbeitung, darunter das Bodenreformgesetz und das Pressegesetz. Diese beiden Probleme sind sehr wichtig im Hinblick auf eine demokratische Entwicklung in der amerik. Zone. Ich weiß, daß Sie es in Ihren Verhandlungen mit den Vertretern der brit. Zone anerkennen werden, daß gegenseitiges Verständnis vorherrschen muß, um eine befriedigende wirtschaftliche Regelung in den beiden Zonen zu erzielen.

### Annahme von Gesetzen

Der Länderrat hat eine Reihe von Gesetzen angenommen, zu denen das Gesetz 2 über die Genehmigungspflicht von Verlagsunternehmen und die Statuten für einen Verkehrsrat des Länderrates und der amerik. Besatzungszone gehören.

Das Gesetz über die Genehmigungspflicht für Zeitungen und Zeitschriften sieht vor, daß vor allem der Bewerber unter Würdigung seiner Gesamtpersönlichkeit und eines einwandfreien polit. Vorlebens, insbesondere auch seiner bisherigen journalistischen Tätigkeit, beurteilt werden soll. Zur Erteilung einer Genehmigung muß das Bedürfnis für eine neue Zeitung und genügend Druckpapier vorhanden sein. Ueber den gestellten Antrag soll ein Zulassungsausschuß entscheiden, der sich aus Vertretern der Regierung, der politischen Parteien, fünf Pressevertretern und vier Vertretern des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zusammensetzt. Bei Ablehnung der Genehmigung kann der Antrag nach sechs Monaten wiederholt werden. Das Gesetz hat bis zum 31. Dezember 1947 Gültigkeit.

Das Gesetz über die Genehmigungspflicht von Verlagsunternehmen ist auf Grund der durch die gegenwärtige Rohstoffknappheit bedingten Einschränkung der Verlagstätigkeit erlassen worden. „Bis zur Behebung dieses Notstandes", so heißt es in der Erklärung dieses Gesetzes, „können deshalb nur Veröffentlichungen erfolgen, die einen wertvollen Beitrag zum kulturellen, wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Aufbau leisten". Nur politisch einwandfreie Personen dürfen auf Grund des Gesetzes als Verleger, Herausgeber oder Autoren tätig sein, von denen wieder die besten auszuwählen sind.

### Pressegesetz dem Rechtsausschuß überwiesen

Nach Erörterung des Entwurfes des Pressegesetzes wurde beschlossen, das Gesetz nochmals dem Rechtsausschuß des Länderrates zur Ueberprüfung vorzulegen, der seinerseits das Gesetz nach Abschluß der Beratungen dem Länderrat erneut zur Genehmigung vorlegen soll.

### Statuten des Verkehrsrates

Die Statuten des Verkehrsrates für das amerik. Besatzungsgebiet und des Verkehrsrates des Länderrates haben den Zweck, eine einheitliche Verkehrspolitik für sämtliche Verkehrsmittel, einschließlich der deutschen Post, zu erreichen und die Zusammenarbeit der einzelnen Verkehrszweige zu sichern.

### Eisenbahnabkommen zwischen den drei Ländern

Der Entwurf eines Eisenbahnabkommens, welches die Hoheitsrechte auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens und die Verwaltung des bisher der deutschen Reichsbahn gehörenden Reichsvermögens in der US-Zone in der Form regelt, daß die drei vertragschließenden Staaten eine Gemeinschaft bilden und dazu eine Verkehrsanstalt unter dem Namen „Deutsche Eisenbahnen im US-Besatzungsgebiet" errichten, wurde vom Länderrat genehmigt.

Der ebenfalls dem Länderrat vorliegende Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes wurde von der Tagesordnung abgesetzt, um der großhessischen Staatsregierung Gelegenheit zu geben, das Gesetz genügend durchzuarbeiten. Dem Länderrat wurden außerdem zur Beratung und zur Genehmigung vorgelegt das Statut für den Wirtschaftsrat des Länderrates, das Statut für den Sonderbevollmächtigten für Preisbildung und Preisüberwachung, ferner das Statut für den Sonderbevollmächtigten für den Interzonen- und Außenhandel. Ein Antrag an die Militärregierung, die beabsichtigte Veräußerung der IG-Farbenwerke oder deren Teilen zunächst an die öffentliche Hand der drei Länder in der US-Zone vorzunehmen, wurde bewilligt. Dadurch soll vermieden werden, daß es bei der gegenwärtigen Geldlage durch die Veräußerung in Privathände zu unerwünschten Besitzverhältnissen kommt.

Die Anträge des Rechtsausschusses über Verwaltungsgerichtsbarkeit, das Gesetz über den Wiederaufbau der deutschen Rechtsanwaltschaft, sowie der Gesetzentwurf zur Verhütung des Mißbrauchs ausländischer Liebesgaben und ein Antrag des Finanzausschusses, bei der amerik. Militärregierung zu erwirken, daß das bisher nur für das Land Bayern in München bestehende Oberste Steuergericht zum Obersten Steuergericht für sämtliche Besatzungszonen in Deutschland bestimmt wird, wurden ebenfalls angenommen.

### Post und Rundfunk

Ein Antrag des Ausschusses Informationskontrolle, der die Organisation und die Aufgaben der Rundfunkgesellschaften regelt, wurde genehmigt. Danach wird die Post künftig keinen Einfluß mehr auf die Programmgestaltung des Rundfunks haben und auch ihr Einfluß auf die Technik wird eingeschränkt werden. Lediglich der Kabeldienst, der Entstörungsdienst und der Einzug der Gebühren verbleiben der Post.

### Amnestie der Jugend

Am Schluß genehmigte der Länderrat noch den vorliegenden Gesetzentwurf über die Amnestie der Jugend in der folgenden Fassung:

§ I

Für Personen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind, gelten folgende Bestimmungen.

1. Fällt der Betroffene nicht in die Klasse I oder II der Anlage zum Gesetz und besteht auf Grund des Ergebnisses der Ermittlungen kein hinreichender Verdacht, daß der Betroffene Hauptschuldiger oder Belasteter ist, so hat der öffentliche Kläger das Verfahren einzustellen.

2. Ist der Betroffene nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht in die Gruppe der Hauptschuldigen oder Belasteten einzureihen, so hat die Kammer das Verfahren einzustellen.

3. Ist der Betroffene bereits rechtskräftig in die Gruppe der Minderbelasteten oder Mitläufer eingereiht, so hat der öffentliche Kläger dem Minister für politische Befreiung gemäß Artikel 52 die Entscheidung zur Aufhebung und Einstellung des Verfahrens vorzulegen.

§ II

1. Personen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind, unterliegen dem Beschäftigungsverbot nach Artikel 58 des Gesetzes nur, wenn sie in die Klasse I oder II der Anlage zum Gesetz fallen.

2. Die unter Teil a) d) Klasse II Ziffer 5 der Anlage zum Gesetz fallen, kann der Vorsitzende der Spruchkammer des öffentlichen Klägers bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Kammer vom Beschäftigungsverbot Befreiung erteilen. Unter der Voraussetzung, daß der öffentliche Kläger auf Grund seiner Ermittlungen die Einreihung des Betroffenen in die Gruppe der Minderbelasteten beantragt.

### Volle Freiheit für die Presse

„Wenn Beamte der Presse keine ausreichende Antwort geben wollen, so ist es Sache und Pflicht der Presse, hier Abhilfe zu schaffen", erklärte der stellv. Militärbefehlshaber in Deutschland, General Lucius D. Clay, in einer Pressekonferenz am Dienstag, auf der das neue Pressegesetz besprochen wurde. General Clay sagte, er wäre davon überzeugt, daß das neue Pressegesetz volle Freiheit geben würde, so, wie dies von einem demokratischen Gesetz erwartet werden könne. Auf die Frage, ob es zutreffe, daß das Gesetz Staatsangestellte berechtige, an sie durch die Presse gerichtete Fragen nicht zu beantworten, erwiderte der General, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Zur Frage des Privatpersonenverkehrs zwischen der brit. und amerik. Zone sagte der General, daß auch hierin jetzt für Geschäftsreisende Erleichterungen gefunden werden müßten, jedoch sei es unvermeidlich, daß eine Kontrolle in Anbetracht der augenblicklichen Wohnungsschwierigkeiten und der verschiedenen Lebensmittelkarten in beiden Zonen aufrecht erhalten werden müsse.

Zum Verbot der Flüchtlinge und Ausgewiesene aus den Ostgebieten, polit. Parteien zu gründen, erklärte der General, daß diese Maßnahme getroffen worden wäre, um eine schnelle Assimilierung der Flüchtlinge und Ausgewiesenen zu gewährleisten. Weiterhin sei es erwünscht, daß die neuen deutschen Parteien auf so breiter Grundlage wie nur möglich, arbeiten sollten.

Man wolle eine neue Aufteilung in viele kleine Parteien nach Möglichkeit vermeiden. Im Zusammenhang mit dieser Frage erklärte General Clay weiter, es entspreche den Tatsachen, daß die Regierung der Ver. Staaten die Frage der Auswanderung deutscher Flüchtlinge und Ausgewiesenen nach verschiedenen Staaten erörtere.

### Schnelle Durchführung politischer Säuberung

Zum Entnazifizierungsprogramm sagte General Clay, daß wenn er die Meinung der amerik. Vertreter ausdrücken sollte, es wünschenswert wäre, wenn das ganze Programm innerhalb der nächsten zwölf Monate durchgeführt werden könnte. Doch müßte man natürlich in solch einer wichtigen Angelegenheit mit der nötigen Vorsicht vorgehen und übereilte Entschlüsse unter allen Umständen vermeiden.

Zur Frage, wie weit die Entwicklung des Bodenreformgesetzes gediehen sei, erklärte General Clay, daß dieses Gesetz vor dem Abschluß stehe. Die Bodenreform werde als Länderratsgesetz in der ganzen US-Zone einheitlich durchgeführt werden.

### Besatzungsdauer hängt von der Fähigkeit der Deutschen ab

Nach Ansicht der amerik. Vertreter über die vermutliche Dauer der Besatzungszeit in Deutschland befragt, sagte der General, daß die Besatzungsdauer von der deutschen Bevölkerung selbst abhänge.

Sobald die Deutschen zeigen würden, daß sie fähig seien, sich selbst zu verwalten, würden die Besatzungstruppen bis auf ein Mindestmaß zurückgezogen werden. Die Tatsache, daß jetzt verschiedentlich längere Besatzungszeiten von leitenden ausländischen Staatsmännern angegeben würden als zu Anfang der Besatzungszeit, bedeute nicht, daß das Vertrauen der verantwortlichen Leiter der Militärregierungen in das deutsche Volk nachgelassen habe.

# Auseinandersetzungen Byrnes–Molotow

## Differenzen im Verfahrensausschuß — Um die Mehrheitsregeln — In eine Sackgasse geraten

**Paris, 7. August. (dana)** Der Verfahrensausschuß der Friedenskonferenz nahm am Dienstag die Debatte über die Abstimmungsregelung wieder auf. Die Delegierten der Ukraine und Polen befürworteten die Annahme der Zweidrittelmehrheit als Voraussetzung für die Weiterleitung von Empfehlungen der Konferenz an den Außenministerrat.

### Byrnes' Ausführungen

Anschließend ergriff der amerikanische Außenminister Byrnes das Wort. Er erklärte, daß Molotow ihn in den letzten Tagen vergeblich dazu habe bewegen wollen, einer Zusammenkunft des Außenministerrates zuzustimmen, damit dieser der Konferenz die Vorsitzenden der Vollversammlung und der einzelnen Ausschüsse „diktiere". Er habe Molotow davon in Kenntnis gesetzt, daß es unklug wäre, eine Zusammenkunft des Außenministerrates zu diesem Zweck einzuberufen, und daß die Konferenz selbst und nicht der Rat der Außenminister die einzelnen Vorsitzenden zu bestimmen habe. Molotow habe den von der amerikanischen Abordnung unterstützten britischen Abänderungsvorschlag zur Abstimmungsfrage als „inkonsequent" bezeichnet. Jetzt biete Molotow selbst einen Kompromißvorschlag an. „Ich bin sicher", bemerkte Byrnes, „daß Molotow äußerst überrascht wäre, wenn man ihn der Inkonsequenz bezichtigen würde."

Während der Außenministerkonferenz habe Molotow darauf bestanden, daß die Ver. Staaten ausschließlich „Vorschläge" unterbreiten und nicht versuchen sollten, auf der Konferenz ihre Machtstellung in die Waagschale zu werfen. Er, Byrnes, habe damals betont, daß die Ver. Staaten bereit seien, jedem „vernünftigen und annehmbaren Vorschlag" zuzustimmen, der in der Konferenz erörtert würde. Er habe damals klar festgestellt, daß die Ver. Staaten sich zwar durch Entscheidungen über wesentliche Fragen jedoch nicht über Verfahrensfragen gebunden fühlen würden. „Die Ver. Staaten sind gewillt, ihr Wort zu halten", betonte der amerikanische Außenminister.

„Molotow kann sicher sein, daß seine gestrigen Erklärungen in der amerikanischen Presse veröffentlicht wurden, ich empfehle ihm, meine Rede in der Sowjetunion veröffentlichen zu lassen", sagte Außenminister Byrnes. „Das Volk der Ver. Staaten hegt ausschließlich Bewunderung und Respekt für das russische Volk. Wir können es nicht zulassen, daß diese Bewunderung und dieser Respekt durch Ausfälle Molotows beeinträchtigt wird."

### Molotows Entgegnung

Eine allgemeine Spannung lag über dem Sitzungssaal, als sich nun Molotow erhob und das Wort ergriff.

„Es ist richtig", erwiderte Molotow auf die Ausführungen Byrnes', „daß die Sowjetdelegation vorgeschlagen hat, den Außenministerrat zusammenzurufen, um über mehrere Fragen, einschließlich des Vorsitzes der Vollversammlung, zu beraten. Es stimmt auch, daß die Sowjetdelegation die Geschäftsordnung in der Vollversammlung erörtern will. Es ist auch durchaus korrekt zu sagen, daß die Geschäftsordnung vorher ausgearbeitet wurde." Die Geschäftsordnung solle jedoch der Konferenz nicht aufgezwungen werden, sondern nur ein Ratschlag sein.

Molotow wies darauf hin, daß nur die sowjetische und französische Delegation die Entschlüsse des Außenministerrats auf der Konferenz unterstützt hätten, während die britische und die amerikanische Delegation Vorbehalte machten. Die sowjetische Delegation habe ihren Abänderungsantrag gestellt, um von vornherein jede Möglichkeit eines Einwandes auszuschließen. Wenn trotzdem Einsprüche vorgebracht würden, könnte darüber diskutiert werden. Der Zweck des sowjetischen Antrages sei jedoch nicht, die von dem Rat der Außenminister getroffene Entscheidung hinfällig zu machen, sondern zu gewährleisten, daß diese Entscheidung nicht umgestoßen werde. Die sowjetische Delegation, erklärte Molotow in seinen weiteren Ausführungen, werde die Stimme jeder Nation anhören und im Interesse der Konferenz und des Friedens sorgfältig erwägen und prüfen. „Byrnes machte vorhin einen Vorschlag", fuhr Molotow fort, „den man nur als eine Herausforderung bezeichnen kann. Er legte mir nahe, seine Erklärungen in der Sowjetpresse zu veröffentlichen, da die amerikanische Presse bereits meine gestrige Rede gebracht habe. Wir nehmen hiermit den Vorschlag Byrnes an, daß der Wortlaut seiner Rede in der Sowjetpresse veröffentlicht wird und daß das sowjetische Volk sie lesen soll."

„Ich nehme an, daß einige der hier Anwesenden davon gehört haben, daß es in Amerika Zeitungskonzerne gibt, die einen großen Teil der amerikanischen Presse kontrollieren", bemerkte Molotow zu dem Hinweis Byrnes über die Freiheit der Presse. In bezug auf die britische Presse erwähnte Molotow den britischen Generalstaatsanwalt Sir Hartley Shawcroß, der kürzlich einen Teil der britischen Presse angegriffen habe, da vorgeschlagen worden sei, die britischen Zeitungen sollten auf ihrer ersten Seite folgende Bemerkung veröffentlichen: „Diese Zeitung gehört Lord X. Für die Wahrheit der hier veröffentlichten Berichte wird keine Bürgschaft übernommen." „Chawcroß", so fuhr Molotow fort, „vermißt Objektivität und Unparteilichkeit in der britischen Presse. Wahrscheinlich ist ihm die Situation hinreichend bekannt, um solche Erklärungen abzugeben. Die Sowjetdelegation hofft, ihr Bestes zu tun, um die unparteiische Haltung der Presse zu gewährleisten und wird alles tun, um dies zu fördern."

Bei Beginn der Nachmittagssitzung des Verfahrensausschusses hatte der tschechoslowakische Delegierte, Außenminister Jan Masaryk, vorgeschlagen, einen Unterausschuß zu ernennen, der die verschiedenen Empfehlungen über die Mehrheitsregeln überprüfen solle, dieser Vorschlag wurde jedoch mit 11 gegen 8 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

### Eingreifen Spaaks

Nach längerer Debatte griff der Vorsitzende, Henry Spaak, ein und erklärte: „Wir sind jetzt in eine Sackgasse geraten, ich bitte Sie dringend, die größten Anstrengungen zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zu machen. Als Ihr Vorsitzender sage ich offen, daß sämtliche Abänderungsanträge einander sehr ähnlich sind und ich bedaure es, daß der Vorschlag zur Bildung eines Unterausschusses abgelehnt wurde. Trotzdem glaube ich, daß wir weitere Anstrengungen machen müssen, um zu einer Verständigung zu gelangen."

Anschließend beantragte Molotow, daß ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit darüber entschieden werden solle, ob die Hauptversammlung über ihre Entschließungen mit Zweidrittelmehrheit oder einfacher Mehrheit abzustimmen habe. Er wies auf die Konferenz von San Franzisko hin, wo in gleicher Weise verfahren worden sei.

Der britische Vertreter McNeil erklärte daraufhin, Molotows Auszüge aus der Charta der Ver. Nationen über das Abstimmungsverfahren seien unvollständig und irreführend. Es gäbe einen triftigen Grund, warum der Verfahrensausschuß keine Zweidrittelmehrheit annehmen könne. Wenn dies dennoch geschehe, wäre keine Garantie vorhanden, daß die Vollversammlung jemals an die Arbeit gehen könne.

Im Anschluß daran erklärten die Vertreter Jugoslawiens, daß sie sich nur durch Entscheidungen, die durch eine Zweidrittelmehrheit zustande gekommen seien, gebunden fühlen würden.

### Verfahrensausschuß akzeptiert britischen Vorschlag

Der Verfahrensausschuß nahm in seiner Sitzung in der Nacht zum Mittwoch den britischen Vorschlag über die Abstimmungsregeln mit 14 zu sechs Stimmen bei einer Stimmenthaltung an.

Der britische Vorschlag sieht vor, daß alle von der Konferenz mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Empfehlungen dem Außenministerrat unterbreitet werden sollen. Vorschläge, die mehr als die Hälfte, aber weniger als Zweidrittel der Stimmen erhielten, sollen ebenfalls dem Außenministerrat zur Ueberprüfung vorgelegt werden. Jedoch soll diesen Vorschlägen weniger Gewicht beigemessen werden. Der erste Teil des britischen Antrages wurde von dem Verfahrensausschuß einstimmig angenommen. Die Sowjetunion, Weißrußland, die Ukraine, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien stimmten gegen den britischen Vorschlag.

# Es ging um die Karriere

## Selbst die Gestapo will nichts gewußt haben!

**Nürnberg, 7. August (dana)** Zwei Ausschnitte aus der Tätigkeit und aus den Aufgaben des „Korps der politischen Leiter der NSDAP", das vor dem internationalen Militärtribunal als „verbrecherische Organisation" angeklagt ist, wurden an Hand von Dokumenten enthüllt: Die Ermordung von Geisteskranken und die Schaffung der berüchtigten 99,9-prozentigen Wahlergebnisse der Hitlerschen „Volksabstimmungen".

Dr. Theo Hupfauer, Politischer Leiter im Zentralbüro der DAF unter Robert Ley und Verbindungsmann zum Rüstungsministerium, der als nächster Zeuge vernommen wurde, machte zunächst weitschweifige Ausführungen über Stellung und Aufgaben der Politischen Leiter in der Arbeitsfront. Die Arbeitsfront sei, so führte der Zeuge aus, gegründet worden, um den Wiederaufbau „störungsfrei" durchführen und den „Arbeitsmarkt" ordnen zu können. Am 2. Mai 1933 habe man zwar die Gewerkschaftshäuser besetzen lassen und die Gewerkschaftsführer „kurzfristig" in Haft genommen, dies sei jedoch nur geschehen, um einen Mißbrauch der Gewerkschaftsvermögen zu verhindern.

Dr. Servatius: „Hatte Dr. Ley nicht selbst erklärt, daß er wegen Bereicherung am Vermögen der Arbeitsfront mit einem Bein im Gefängnis stünde, wäre diese Maßnahme nicht von Hitler sanktioniert worden?"

Hupfauer: „Ja, Ley sagte das in Nürnberg im Rahmen eines Leistungsberichtes, wollte damit jedoch nur ausdrücken, daß diese im Rahmen der politischen Aktion durchgeführte Uebernahme der Gewerkschaften nunmehr sanktioniert sei".

### Gestapo „ohne Ziele"

Im Verfahren gegen die Gestapo erklärte der Zeuge Dr. Karl Best, ehem. Reichsbevollmächtigter in Dänemark und Abteilungsleiter der Sicherheitspolizei im Innenministerium, die Gestapo sei zu Unrecht die gefürchtetste Behörde des Dritten Reiches gewesen. Ihr Aufgabenkreis habe sich in Wahrheit auf die Bekämpfung von Zollschmugglern, Rauschgifthändlern, ausländischen Spionen und politischen Rechtsprechern erstreckt, die jedoch stets zur Aburteilung den ordentlichen Gerichten ausgeliefert worden seien. Wenn die Gestapo gelegentlich „als Vollzugsinstrument für polizeifremde Zwecke mißbraucht wurde, wie z. B. in der Judenbekämpfung", geschah dies gegen den Willen der Gestapo auf höheren Befehl". Die Gestapo wurde im Jahre 1933 in den verschiedenen deutschen Län-

Fortsetzung auf Seite 2

# Aus aller Welt

**dana funkt:**

**Washington.** Mit der Festsetzung eines Ernährungsmindestsatzes von 2600 Kalorien täglich wird sich die am 2. September in Kopenhagen zusammentretende Welternährungskonferenz befassen.

**Philadelphia.** Eine internationale Behörde im Rahmen der Vereinten Nationen, deren Aufgabe es sein soll, die europäischen verschleppten Personen wieder anzusiedeln, wird in einem Bericht an Präsident Truman von dem ehemaligen Mitglied des internationalen Flüchtlingsausschusses und dem Dekan der juristischen Fakultät der Universität in Pennsylvanien, G. Harrison, vorgeschlagen.

**Paris.** Das Exekutivkomitee der „Jewish Agency" beschloß am Dienstag, den Präsidenten des Verfahrensausschusses der Pariser Konferenz, Spaak, zu ersuchen, Vertreter der „Jewish Agency" vor den zuständigen Ausschüssen der Konferenz als Angehörige einer „nicht regierenden Körperschaft" anzuhören.

**Prag.** Ein Sondervolksgerichtshof in Brünn verurteilte am 6. August den 40jährigen Josef Ullehla, der Chauffeur der Gestapo war, zum Tode. Er hat sich, wie die tschechoslowakische Nachrichtenagentur (CTK) meldet, an den Judentransporten nach Polen beteiligt und ein jüdisches Kind ermordet.

**Montreal.** Gestern startete als erster britischer fliegender Großfrachter ein Bristol-Flugzeug von Montreal nach Toronto. Das Flugzeug soll Ende des Monats für Flüge nach Nord-, Zentral- und Südamerika eingesetzt werden.

# Letzte Neuigkeiten

## Zum Verfassungsentwurf

### Senat und Staatspräsident abgelehnt

**Stuttgart, 8. August.** Wie wir soeben von unterrichteter Seite erfahren, hat der Verfassungsausschuß der verfassunggebenden Landesversammlung in Stuttgart in seiner gestern abgehaltenen Sitzung beschlossen, die im Verfassungsentwurf vorgesehene Schaffung eines Senats sowie die Nominierung eines Staatspräsidenten abzulehnen, entsprechend der Stellungnahme der SPD, die noch letzthin gelegentlich der ersten Arbeitstagung der Landesversammlung durch Oberbürgermeister Veit, Karlsruhe, betonte, daß ein Zweikammersystem jeglichen Fortschritt in den Entscheidungen des Parlaments hindern müsse, eine einzige Kammer hingegen der Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins des Landtages dienen werde.

**Washington, 8. August (dana).** Mehr als 100 000 deutsche Patente werden nach einem Abkommen, das zwischen zwölf Alliierten Nationen geschlossen wurde, zum wechselseitigen Gebrauch in alliiertes Eigentum übergehen. Das Abkommen enthält eine Klausel, nach der die Patente nicht mehr an die deutschen Eigentümer zurückgegeben werden können.

## Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx †

**Bonn, 7. August. (dana-Sonderdienst)** Der am Montag im Alter von 83 Jahren verstorbene Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx gehörte zu den bekanntesten Persönlichkeiten aus der Zeit der Weimarer Republik. In den Jahren von 1923 bis 1925 und 1926 bis 1928 war Dr. Marx, der lange Zeit den Vorsitz der damaligen Zentrumspartei führte, deutscher Reichskanzler.

Wilhelm Marx wurde am 15. Januar 1863 in Köln geboren. Nach Abschluß seines Jura-Studiums an der Universität Bonn ging er 1906 als Landgerichtsrat nach Köln und ein Jahr darauf nach Düsseldorf. 1921 wurde er Landgerichtspräsident in Limburg an der Lahn und kurze Zeit danach Senatspräsident beim Kammergericht in Berlin. Als Mitglied der Zentrumspartei hat Wilhelm Marx einen regen Anteil am öffentlichen Leben genommen und sich schon früh auf politischem Gebiet betätigt. Er wurde in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt und gehörte seit 1910 dem Reichstag der Vorkriegszeit an. An der Weimarer Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung nahm er 1919 als Vertreter der Zentrumspartei teil und wurde später zum Vorsitzenden des „Volksvereins für das katholische Deutschland" gewählt. Vom November 1923 bis Dezember 1924 war Wilhelm Marx zum erstenmal Reichskanzler eines Minderheiten-Kabinetts der bürgerlichen Mitte. Er unterstützte die Außenpolitik Stresemanns und nahm an der Londoner Konferenz über den Dawes-Plan teil. Im Januar 1925 wurde er zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt, trat aber bereits im März desselben Jahres von diesem Amt zurück. Im Kabinett Hans Luthers hatte Marx die Stellung des Reichsministers der Justiz und der besetzten Gebiete inne. Nach dem Rücktritt Luthers stellte Dr. Marx sein zweites Kabinett auf, das 1927 umgebildet wurde. Nach den Neuwahlen zum Reichstag 1928 legte Marx den Vorsitz in der Zentrumspartei nieder und zog sich aus dem politischen Leben zurück.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Bodenreform

Von Wilhelm Beisel

Die Forderung nach Bodenreform ist so alt wie unsere Väter sind. Nur hatte sie damals. mit Adolf Damaschke an der Spitze, eine andere Bedeutung. Sie wandte sich in der Zeit der Entwicklung der Städte, der sogenannten Gründerzeit, in der Hauptsache gegen die wilden Bodenspekulationen, die besonders im Wohnungsbau zu hohen und unsozialen Mieten führten. Das Ende des zweiten Weltkrieges brachte indes neue Probleme hinzu, insbesondere in der Frage der Sozialisierung bezw. Enteignung des Großgrundbesitzes.

Als Folge des verlorenen Krieges steht Deutschland heute vor wichtigen Aufgaben, seine Industrie und Landwirtschaft neu aufzubauen. Und hierbei haben auch politische Gründe das Wort. Der Kapitalismus und Nationalsozialismus haben Deutschland ins Verderben geführt, dazu war die Kaste der junkerlichen Großgrundbesitzer in ihrer reaktionären und kapitalistischen Grundhaltung mit ein Uebel, daß eine Katastrophe über das Volk hereinbrach. Diese ins Unglück treibenden Kräfte sind zusammengebrochen und es gilt, sie vollends unschädlich zu machen. Schon die augenblickliche Lebensnot des Volkes zwingt dazu, und die Klugheit, für alle Zukunft neue, ähnliche Ursachen und Gefahren zu bannen, verlangt von uns Maßnahmen von einschneidender Wirkung.

Die deutsche Landwirtschaft wird in der Folgezeit eine größere Rolle spielen, obwohl Deutschland ein Industrieland mit ausreichender Exportmöglichkeit werden muß. Die östlichen Ueberschußgebiete sind uns genommen. Der noch vorhandene landwirtschaftlich nutzbare Boden muß daher schnell und mit allen Mitteln planmäßig zur Steigerung der Produktion herangezogen werden.

Eine gründliche Bodenreform setzt daher gleichzeitig eine Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes voraus, zumal neben den politischen Gründen hierbei auch das Flüchtlingsproblem zu beachten ist. Die politischen Gründe sind bereits angedeutet, sie ergeben sich aus der Schuldfrage. Das Problem der Flüchtlinge, der Vertriebenen, verlangt ein Ansiedeln auf dem Lande, das alle produktiven Kräfte zur Leistungssteigerung braucht.

Herbert Kriedemann, der Agrarreferent beim Vorstand der SPD in Hannover schreibt, daß es heute niemanden mehr zugemutet werden kann, sich für die Erhaltung der Bodenrente zum Nutzen der Großgrundbesitzer abzuquälen, während rundherum Millionen Deutscher in der akuten Gefahr des Unterganges sind. Aus allen diesen Gründen ist zu fordern die Enteignung des Großgrundbesitzes und eine Uebereignung an die, die den Boden bearbeiten. Es handelt sich bei dieser Frage um keinen Rachefeldzug, ebensowenig um die Errichtung einer neuen Klasse von Bevorrechtigten. Vielmehr handelt es sich um die Durchführung von Maßnahmen, die lebensnotwendig geworden sind. Im Interesse dieser Lebensnotwendigkeiten muß heute dieser Großgrundbesitz beseitigt werden, weil auch seine Zeit vorbei ist — ebenso, wie einmal die Leibeigenschaft und das Recht der ersten Nacht beseitigt worden ist.

Eine entscheidende Frage nach der Enteignung ist die, ob kleine Siedlerstellen, die zu Kollektivwirtschaften führen müssen, oder ob lebensfähige Bauernstellen anzustreben sind. Einige Erfahrungen aus der russischen Zone hierzu: Ein pommersches Gut von etwa 120 ha war in 20 kleine Siedlerstellen aufgeteilt worden. Volle 80 Morgen Ackerland sind der Bebauung durch die Schaffung neuer Grenzraine, Fahrwege und Fußpfade verloren gegangen, die die Siedlerstellen voneinander abtrennen. Das Umbrechen des Landes wurde mit Spaten und Hacken durchgeführt. Die Kollektivwirtschaft wird hier eine unausbleibliche Folge sein.

Großbetriebe können auch ohne Großbesitzer bestehen. Darum denken wir nicht an willkürliche Zerschlagung der Betriebe, sagte Kriedemann. Natürlich soll überall da, wo es ohne Gefährdung der Allgemeininteressen an der landwirtschaftlichen Produktion möglich ist, das durch die Bodenreform frei werdende Land zur Schaffung selbständiger Bauernhöfe für selber arbeitende Bauern verwandt werden.

In Baden sind wenig Großbesitze, diese aber dennoch so groß, daß ohne Not die oben angezeigte Reform durchführbar ist.

Notwendig ist auch bei einem Blick auf die Gemarkungskarten, daß in Baden eine großzügige Flurbereinigung vorgenommen werden muß. Wir haben Gemeinden, beispielsweise in der Hardt, die stundenweit entfernt Aecker und Wiesen besitzen, während das Land rings um den Ort zur Nachbargemeinde gehört. Dazu kommt, daß es sich hier noch in den meisten Fällen um kleine und kleinste Einzelbesitzungen handelt. Hier muß eine Zusammenlegung betrieben werden zur Schaffung von wirtschaftsfähigen Bauernstellen oder demokratischen Anbaugenossenschaften.

Unser tägliches Brot ist unser tägliches Leben. Deutschland kann an der Bodenreform nicht vorbei. Die Erfahrungen in anderen Ländern Europas ohne Großgrundbesitz, beispielsweise in Dänemark und Holland, zeigen, daß für eine blühende bäuerliche Landwirtschaft oder im Genossenschaftswesen in Deutschland noch sehr viel nachgeholt werden muß. Muß, weil es um unsere Existenz geht. Und der zumeist noch konservative deutsche Bauer wird bedenken, daß Deutschlands Wohl und Wehe von einer vernünftigen Bodenreform abhängig ist.

## Unverantwortliche Arbeitsweise deutscher Beamten

### Feststellungen der Militärregierung Bayern

München, 7. August (dana). Nach einer Mitteilung des Chefs der politischen Untersuchungsabteilung der Militärregierung Bayern, Major E. C. Johnson, wurden in den letzten Tagen wiederholt Beispiele festgestellt, in welcher unverantwortlichen und diktatorischen Art verschiedene deutsche Behörden ihren Dienstobliegenheiten nachkommen. So konnte dem Leiter der Fahrbereitschaft von Regensburg, Ferdinand Weber, die mehrfache Diskriminierung von Ausländern sowie politisch und rassisch Verfolgten nachgewiesen werden. Dagegen bevorzugte er ehemalige NSDAP-Mitglieder. Außerdem wurden von Weber zahlreiche Verfehlungen in bezug auf die Bewirtschaftungsbestimmungen und mehrfache Kompetenzüberschreitung festgestellt. Dadurch hat Weber das Vertrauen der Bevölkerung auf das gröblichste mißbraucht und die Bestrebungen der deutschen Regierung sowie der Militärregierung sabotiert. Weber wurde sofort entlassen.

Eine zweite Untersuchung erfolgte gegen den Besitzer einer Regensburger Vulkanisieranstalt, Josef Mayer, der sich während des Hitlerregimes die Fabrik des politisch verfolgten Kaufmanns Anton Hoffmann angeeignet und das Unternehmen auch nach dem Zusammenbruch mit Hilfe von „Beziehungen" weitergeführt hatte. Den Vorschriften des Säuberungsgesetzes hat Mayer, obwohl er als Naziaktivist und Nutznießer anzusprechen ist, in keiner Weise Genüge geleistet. Durch das Einschreiten der Militärregierung wurde Mayer von seinem Posten entfernt. Außerdem wurde ein Verfahren der zuständigen deutschen Staatsanwaltschaft gegen ihn eingeleitet.

## Bevin übernimmt Leitung brit. Friedensdelegation

London, 7. August (dana) Der brit. Außenminister wird voraussichtlich in „einigen Tagen" die Leitung der brit. Delegation bei der Friedenskonferenz wieder übernehmen.

Der Erste Lord der brit. Admiralität, Alexander, wurde für die Zeit bis zum Eintreffen Bevins in Paris von Premierminister Attlee mit der Leitung der Delegation beauftragt.

# Unterhaltung mit Erich W. Gniffke

Herr Erich W. Gniffke, Mitglied des Hauptvorstandes der SED, der sich zur Zeit in der amerikanischen und französischen Zone aufhält, hatte in mehreren Städten Besprechungen mit politischen Persönlichkeiten geführt. Anläßlich seines Aufenthaltes in Karlsruhe führte unser Boe-Redaktionsmitglied nachstehend veröffentlichtes Gespräch mit ihm.

Frage: Dürfen wir erfahren, welche Aufgaben Sie sich für Ihre Reise gestellt haben?

Antwort: Meine Aufgabe ist, mich über die Verhältnisse in allen Zonen Deutschlands zu informieren und dabei Unterhaltungen mit vielen politischen Persönlichkeiten zu führen, namentlich über Ernährungsfragen, den Stand der Entnazifizierung in Wirtschaft und Verwaltung und die Stellung der Bevölkerung zur kommenden Gestaltung Deutschlands. Nicht zuletzt sehe ich es bei meinen Reisen als meine vornehmste Aufgabe an, die beiden sozialistischen Parteien einander näherzubringen und die Zusammenarbeit zu fördern.

Frage: Welche Stellung nimmt die sozialistische Einheitspartei zu diesen Problemen ein?

Antwort: Ich darf zunächst einmal auf einige Zonenunterschiede hinweisen. Die SED zählt gegenwärtig etwas mehr als 1 600 000 Mitglieder in der Sowjetzone. Der Vereinigung ging eine praktische Zusammenarbeit voraus, in die die Funktionäre beider Parteien schon vom ersten Tage des Kriegsendes an einsteigen mußten. Sie mußten praktische Tagespolitik machen. Es wird heute zu leicht übersehen, daß zu einer Zeit, als hier bereits mit der Bestellung der Aecker begonnen werden konnte, in der östlichen Zone im vorigen Jahr noch die Kämpfe andauerten. Trotzdem ist es heute noch vor Einbringung der neuen Ernte gelungen, eine Erhöhung der Lebensmittelrationen durchzuführen. — In der östlichen Zone wird mit einem neuen Verwaltungs-Apparat nicht nur verwaltet, sondern auch Neues gestaltet. So wurde im vorigen Jahr die Bodenreform durchgeführt, eine Wirtschaftsreform begonnen und nicht zuletzt auch eine Schul-, Justiz- und politische Reform durchgeführt.

Frage: Es wird hier sehr viel davon gesprochen, daß alles, was da drübengeschehen ist, sich unter starkem Druck vollzogen hat. Wie verhält es sich damit?

Antwort: Dabei ist richtig, daß alles, was geschehen mußte, sich unter dem Druck der Verhältnisse vollziehen mußte. Wie soll man etwas Neues gestalten, wenn nicht ein gewisser Druck dahinter gesetzt wird? Man darf nicht außer acht lassen, daß wir in einer außergewöhnlichen Zeit leben, in der selbstverständlich auch außergewöhnliche Mittel und Anstrengungen zur Anwendung kommen müssen. So haben sich deshalb auch die antifaschistischen demokratischen Parteien zu einer vorbildlichen Zusammenarbeit kartellmäßig zusammengefunden, um sich an der praktischen Aufbaupolitik gemeinsam zu beteiligen. Eine Politik, wie sie sich vor 1933 eingespielt hatte und Schiffbruch erlitten hat, kann jetzt nicht fortgesetzt werden. Es muß sich schon etwas Neues entwickeln.

Frage: Es wird hier sehr viel davon gesprochen, daß die Ostzone sehr stark für Reparationen an die Sowjetunion herangezogen wird. Ist das der Fall?

Antwort: Es ist richtig, daß die Wirtschaft in der Ostzone die Reparationsleistungen schon vor Monaten aufgenommen hat. In welcher Weise sich Reparationsleistungen an die Sowjetunion vollziehen, dafür ein praktisches Beispiel: Die Sowjetunion hat in einem großen Umfang Baumwolle als Rohmaterial geliefert. Von der Fertigerzeugung gehen nun 60 Prozent als Reparationen an die Sowjetunion, während 40 Prozent dem zivilen Sektor zufallen.

Frage: Bedeutet diese Entwicklung die Anbahnung einer einseitigen östlichen Orientierung?

Antwort: Keinesfalls. Die sozialistische Einheitspartei macht als deutsche Partei selbstverständlich eine rein deutsche Politik. Wir sind der Auffassung, daß jede Besatzungsmacht hierfür Verständnis zeigen wird. Wir können darum weder eine einseitig englische, noch französische, noch amerikanische, noch russische Interessenpolitik treiben. Daraus ergibt sich, daß wir auch keine einseitig orientierte Politik machen werden. Wir lehnen aber eine Orientierung gegen die Sowjetunion ab. Das deutsche Volk wird nur dann zu einem Neuaufbau kommen, wenn die Großmächte sich in allen Fragen, die Deutschland betreffen, verständigen. Die deutschen Parteien, soweit diese inzwischen wirksam geworden sind, dürfen nur ein Interesse an einer aufrichtigen Friedenspolitik zeigen.

Frage: Sie sprachen von der Initiative, die im starken Maße von den politischen Parteien entwickelt worden ist. Ist das ganz richtig gesehen in einer Zeit, in der wir doch von den Besatzungsmächten vollständig abhängig sind und darum die Initiative ja doch in erster Linie bei den Besatzungsmächten liegen wird?

Antwort: Von uns aus gesehen liegt hier nach meinem Dafürhalten ein Irrtum vor. Die Besatzungsmächte verfolgen selbstverständlich ihre Initiative. Sie anerkennen aber auch die Initiative des deutschen Volkes. Jede Initiative von einer demokratischen Grundlage aus entwickelt wird zweifellos von jeder Besatzungsmacht anerkannt werden. Die sozialistische Einheitspartei hat es sich zur Aufgabe gemacht, besonders in allen Gegenwartsfragen, das größte Maß von Energien zu entwickeln. Der Erfolg spricht für die Richtigkeit einer solchen Parteiarbeit.

Frage: Sind Sie der Auffassung, daß die SED in ganz Deutschland anerkannt wird?

Antwort: Selbstverständlich. Die entsprechenden Zusagen liegen schon heute vor. Jedoch hält die Entwicklung, wie wir sie im Interesse der werktätigen Bevölkerung wünschen, damit nicht Schritt. Die SED will nicht als eine neue Partei zu den vorhandenen Parteien hinzukommen, sondern die Spaltung innerhalb der sozialistischen Bewegung überwinden. Solange die Voraussetzungen hierfür noch nicht vorliegen, wird eine Anmeldung der SED nicht erfolgen bezw. sie wird immer nur dann und da erfolgen, wo diese Voraussetzungen gegeben sind.

# Ein Jahr Frankfurter Rundschau

Frankfurt, 7. August (dana). Vor einem Jahr, am 1. August 1945, erschien die erste deutsche lizenzierte Zeitung in der jetzigen amerikanischen Besatzungszone, die „Frankfurter Rundschau". Der erste Jahrestag der Herausgabe eines freien Presseorgans im neuen demokratischen Deutschland war Anlaß einer Feier im Konferenzsaal der „Frankfurter Rundschau". Oberst Xavier Sheehan, stellv. Chef der Militärregierung in Großhessen, und Oberst Anthony F. Kleitz, Chef der Nachrichtenkontrolle in Großhessen, überbrachten nach den Begrüßungsworten des ersten Lizenzträgers der Zeitung, Karl Wilhelm Gerst, ihre Glückwünsche und würdigten die bedeutende Rolle, die der Presse in der Wiedergabe und Formung der öffentlichen Meinung zufällt.

Im Namen des großhessischen Ministerpräsidenten überbrachte Kultusminister Dr. Ludwig Schramm die Glückwünsche des Staatsministeriums. „Zwei Zielen muß die Presse im heutigen Deutschland dienen", erklärte der Minister, „sie muß mithelfen, junge Menschen berufsfähig zu machen und sie befähigen, im Wirkungsbereich der Gemeinschaft, als Staatsbürger mitzuarbeiten." Die Presse sei dem Staate bei der Erreichung dieser Ziele eine unendlich starke und wünschenswerte Hilfe. Der neue Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Walter Kolb, unterstrich, daß nur die gemeinsame Arbeit aller, ohne Rücksicht auf Parteibindungen, die gewaltigen Aufgaben meistern könne, vor denen wir heute stehen. „Zwischen Presse und Wissenschaft besteht eine enge Verbindung", erklärte der Rektor der Frankfurter Universität, Prof. Dr. Walter Hallstein. „Beide dienen der Wahrheit, wenn sie auch verschiedene Wege gehen." Der Herausgeber der Fuldaer Volkszeitung, Heinrich Kierzek, sprach als stellv. Vorsitzender des Verbandes großhessischer Zeitungsverleger und betonte die beispielgebende Aktivität der „Frankfurter Rundschau".

Drei Mitglieder der Belegschaft der Zeitung, Otto Pitz, Lina Albrecht und Heinz Bauer berichteten im Rahmen der Feier über die Lösung sozialer Probleme innerhalb des Betriebes und hoben hervor, daß die Zeitung heute von außenstehenden finanziellen Einflüssen unabhängig sei. Die „Frankfurter Rundschau" sei in sozialer Hinsicht beispielgebend. Der jüngste Lizenzträger der Zeitung, Emil Carlebach, dankte allen Rednern und sagte, Freiheit, Wahrheit und Recht seien die Ziele, für die sich heute die Presse einsetze.

# Aus dem Gewerkschaftsleben

### Gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Angestellten

Der Neuaufbau der deutschen Gewerkschaften stellt nicht nur die Arbeiterschaft, sondern ebenso die Angestelltenschaft vor neue organisatorische Probleme. Bis zum Jahre 1933 repräsentierte sich die deutsche Angestelltenbewegung zur Hauptsache in drei großen einflußreichen Gewerkschaftsrichtungen. Zwischen den Arbeiter- und den Angestelltengewerkschaften der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bestanden unterschiedliche organisatorische Bindungen und Bündnisse. Nach der im Jahre 1933 erfolgten Auflösung der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände und des demokratisch orientierten Gewerkschaftsbundes der Angestellten versuchte der antisemitisch eingestellte Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband und die in seiner ideologischen und gewerkschaftlichen Gefolgschaft befindlichen kleineren Angestelltenverbände ihre organisatorische Sonderstellung als nationalsozialistische Berufsgewerkschaften der Angestellten zu erhalten. Im Jahre 1935 wurden aber auch diese Verbände in die DAF restlos eingegliedert.

Seit dem Mai 1945 hat sich nun eine lebhafte Diskussion über die Frage entwickelt, ob die Angestellten sich in einer eigenen Angestelltengewerkschaft oder gemeinsam mit den Arbeitern in den neuen Industriegewerkschaften organisieren sollen. In allen Zonen haben sich unterschiedliche Organisationsformen herausgebildet und die Entwicklung ist noch keineswegs zu einem befriedigenden Abschluß gekommen. Das demokratische Recht der Angestellten, über ihre Organisationsform selbst zu entscheiden, ist leider nicht überall in der nötigen Weise respektiert worden. In Württemberg haben sich die dem württembergischen Gewerkschaftsbund angehörenden Berufsgruppen der kaufmännischen Angestellten, der Büro- und Verwaltungsangestellten, der technischen Angestellten, Beamten und Werkmeister für die Bildung einer einheitlichen Angestelltengewerkschaft entschieden.

Diese Entscheidung soll nicht der Ausdruck eines Standesdünkels oder einer mangelnden Bereitschaft eines solidarischen Zusammenwirkens mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sein. Dieser Entscheidung liegt vielmehr die Erfahrung und Gewißheit zugrunde, daß das praktische Bedürfnis der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Angestellten, ihre Stellung im Berufs- und Wirtschaftsleben sowie die bisherige Entwicklungsstufe des gesellschaftlichen Bewußtseins der Angestellten eine selbständige Gewerkschaftsorganisation für zweckmäßig erscheinen lassen. Wenn es gelingt, die breiten Schichten der Angestellten in einer großen und innerlich beruflich und fachlich gegliederten Angestelltengewerkschaft zusammenzufassen, so wird das gegenüber den bis 1933 bestehenden Organisationsverhältnissen ein bedeutsamer geschichtlicher Fortschritt sein.

Keineswegs wird diese Konzentration und Sonderstellung ein Hemmnis für das gewerkschaftliche Zusammenwirken der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sein. Der Zusammenschluß der bisher genehmigten lokalen Verbindungen der Angestellten zu einer Landes-Angestellten-Gewerkschaft für Württemberg-Baden wird nunmehr auf dem vom 9. bis 11. August 1946 in Stuttgart stattfindenden ersten Verbandstag vollzogen werden. An diesem Verbandstag werden auch Angestelltengruppen aus Baden teilnehmen, die ebenfalls das Organisationsprinzip des Berufsverbandes anerkennen. Die neue Angestellten-Gewerkschaft für Württemberg-Baden wird sich dem neuen Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden anschließen und sich damit zur gewerkschaftlichen Einheit aller Angestellten, Arbeiter und Beamten bekennen. M.E.

### Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner.

Im Wochenbericht (14.—20. 7.) des Verkehrsministeriums Württemberg-Baden wird mitgeteilt, daß der Verbandstag der Gruppe Reichsbahn des Württ.-Badischen Gewerkschaftsbundes, dem der Verkehrsminister beiwohnte, die Umwandlung der Organisation in: „Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner für Württemberg und Baden" beschlossen hat.

### Irving Brown über die deutsche Gewerkschaftsbewegung

„Ich bin sehr angenehm überrascht über die schnelle Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der amerikanischen Zone, insbesondere über die Lebendigkeit und die Durchschlagskraft, die sie entfaltet", erklärte der Sonderbeauftragte des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Irving Brown, am 29. Juli in Berlin in einer Pressekonferenz. Brown weilt seit mehreren Monaten in Europa zum Studium der Gewerkschaftsbewegung.

Brown sprach mit vielen Gewerkschaftsführern in der amerikanischen und in der britischen Zone Deutschlands. „Die Bildung von Einheitsgewerkschaften, die in der amerikanischen Zone sich durchgesetzt hat, ist richtig", erklärte Brown: „Die von der amerikanischen Militärregierung verfolgte Gewerkschaftspolitik ruht auf gesunder Grundlage und die Abteilung für Einsatz der Arbeitskräfte unter Leitung von L. R. Werts hat schon viel geleistet. Die Gewerkschaften sind das demokratischste Element im heutigen Deutschland, und wenn irgendwo in Deutschland, so ist es hier, wo die Demokratie ausgezeichnet an Boden gewonnen hat. Aber alles wird umsonst sein, wenn Deutschland nicht ein Minimum an lebensfähiger Wirtschaftsbeteiligung gewährt wird.

Die rasche Entwicklung der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung ist um so bemerkenswerter", fuhr Brown fort, „wenn man sich in Erinnerung ruft, daß bereits am 2. Mai 1933 die Auflösung der ehemaligen deutschen Gewerkschaften stattgefunden hat und dieselben in den folgenden zwölf Jahren von den Nazis radikal unterdrückt worden sind. Man hätte eigentlich erwarten müssen, daß die Wiedererrichtung und der Neuaufbau der deutschen Gewerkschaften eine längere Zeit beansprucht würde. Daß sie innerhalb eines Jahres erfolgte, ist um so bewundernswerter."

Was die Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens in Berlin anbelangt, so hat nach Ansicht Browns sich die Berliner Gewerkschaftsbewegung zu stark mit einer einzigen politischen Parteirichtung identifiziert und ist dadurch so stark zentralisiert worden, daß die einzelnen Fach- und Bezirksgewerkschaften ihre Selbständigkeit vollständig eingebüßt haben. Brown meinte, unter diesen Umständen wäre es das Beste, wenn der FDGB in Berlin Neuwahlen durchführen würde. (dana)

### Arbeitsgemeinschaft Stuttgarter Jungsozialisten

In der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft („Spitta-Kreis") wurde debattiert über die Frage, ob eine Differenzierung der Lebensmittelsätze für Arbeitende und für Nicht-Arbeitende eingeführt werden sollte. Zunächst wurde die Vorfrage, ob in diesem Falle die Hausfrauen als Arbeitende angesehen werden müßten, mit allen gegen eine Stimme bejaht. In der Schlußabstimmung wurde dann jedoch die von dem Referenten vorgelegte Entschließung, die sich für eine Erhöhung der Rationen aller Arbeitenden auf Kosten der Nicht-Arbeitenden aussprach, mit großer Mehrheit verworfen. Zur Begründung dieser ablehnenden Haltung war in der Debatte vor allen Dingen die Auffassung vertreten worden, daß die „Nicht-Arbeitenden" — einschließlich der Alten, Kranken und sonstigen Invaliden — nur einen geringen Prozentsatz darstellten, so daß sich aus einer Abstufung der Sätze keine nennenswerte Erhöhung der Kalorienmenge für die Arbeitenden ergäbe. Der Referent und die Debatteredner der Minderheit hatten hervorgehoben, daß sie keine Diskriminierung der Nicht-Arbeitenden beabsichtigten, sondern lediglich die Lebensmittelzuteilungen in ein gerechtes Verhältnis zu dem verschiedenen Kräfteverbrauch, d. h. dem verschiedenen Kalorienbedarf, gesetzt sehen möchten. Dieses Prinzip sei von jeher verwirklicht worden durch die besonderen Rationssätze für Schwer- und Schwerstarbeiter; es sei ein Gebot der Logik, ebenso auch eine Unterscheidung zwischen einfachen Arbeitenden und Nichtarbeitenden durchzuführen. No.

## Richard Seubert †

Würzburg, 7. August. (dana) Richard Seubert, Lizenzträger der „Mainpost" ist am 4. August im Alter von 61 Jahren gestorben.

## Nürnberger Prozeß

Fortsetzung von Seite 1

dern durch Umbau der alten Staatspolizei geschaffen. Es seien bei weitem nicht alle Gestapobeamte Angehörige der NSDAP gewesen. Ein großer Teil sei vielmehr aus den Kreisen ehemaliger Demokraten und Freimaurer hervorgegangen. Der Chef des Amtes IV im Sicherheitshauptamt, Heinrich Müller, der von Kaltenbrunner für die Verbrechen der SS verantwortlich gemacht wird, sei z. B. ein früheres Mitglied der Bayerischen Volkspartei gewesen.

Auf die Frage des Verteidigers Dr. Merkel, warum diese Beamten in der Staatspolizei geblieben seien, erklärte Dr. Best: „Es ist für einen deutschen Beamten selbstverständlich, dem Staate auch bei einem Regierungswechsel weiterzudienen. Außerdem machten viele dieser Männer eine gute Karriere und haben hohe Posten erhalten".

„Die Gestapo hatte nicht, wie heute vielfach angenommen wird, ein Netz von Spitzeln und Agenten über ganz Deutschland ausgebreitet", erklärte Dr. Best. „Ein eigener Ermittlungsdienst wurde nur da eingesetzt, wo man organisierte staatsfeindliche Gruppen vermutete. Anzeigen gegen Einzelpersonen wegen ungeschickter politischer Äußerungen und ähnliche Vergehen wurden stets durch Anzeigen von Privatpersonen oder anderen Dienststellen an uns herangetragen".

Die Verbindung der Gestapo zu den Konzentrationslagern bestand angeblich in der „Betreuung der Familien der Häftlinge und in der Stellenvermittlung für entlassene Häftlinge". Die Beamten der Gestapo hätten „niemals Anlaß zu der Vermutung gehabt, daß in den KZs Leben und Gesundheit der Häftlinge gefährdet gewesen seien". Die Gestapo hatte, so fuhr der Zeuge fort, nicht nur keine verbrecherischen, sondern überhaupt keine Ziele. Sie beschränkte sich nur auf die Erfüllung der laufenden polizeilichen Aufgaben.

„Polizeifremde Maßnahmen wie die Verhaftung von 20 000 Juden im November 1938, seien, erklärte Dr. Best, von der Gestapo nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Befehl der Staatsführung durchgeführt worden. Von der Kriegsvorbereitung des Dritten Reiches hat der Zeuge angeblich niemals etwas gemerkt. Die Gestapo war zu Kriegsbeginn „völlig ungerüstet" und mußte in größter Eile einige Pistolen für die von ihr aufgestellten Einsatzkommandos kaufen. Ueber diese Einsatzkommandos berichtete der Zeuge ausführlich. Nach seinen Aussagen dienten sie in erster Linie dem Zweck, die von „zentraler Stelle" erlassenen Befehle über die „harte Behandlung der Bevölkerung" zu sabotieren. Die von Best selbst geleiteten Einsatzkommandos in Dänemark kämpften, wie er behauptete, „erbittert" gegen die von Hitler befohlene Deportation der Juden. Als er, so erklärte Dr. Best, im August 43 „leider den militärischen Ausnahmezustand über Dänemark verhängen und die Deportation der Juden durchführen mußte", habe er mit Hilfe des Befehlshabers der Sicherheitspolizei diese Aktion „sabotiert" und 6000 Juden „entkommen lassen".

„Hitler allein gab alle diese harten Befehle", sagte Dr. Best. „Er wollte nur mit den Methoden der Abschreckung arbeiten und vergaß die kämpferische Dynamik der anderen Seite, die sich nicht einschüchtern ließ".

## 15 Todesurteile in Breslau

Warschau, 7. August (dana). Ein Militärgericht in Breslau verurteilte am Samstag 15 Mitglieder einer Organisation „Freies Deutschland" zum Tode. Unter den Verurteilten befanden sich zwei Frauen. 23 weitere Mitglieder erhielten Freiheitsstrafen von zwei bis 15 Jahren. Die Organisation „Freies Deutschland" übte in Niederschlesien durch Mord, Sabotage und Verbreitung falscher Gerüchte ihre zersetzende Tätigkeit aus.

# Das freie Wort

Herr R. Tränkel, Karlsruhe, schreibt u
„Vergangenen Winter hieß es, daß jede Fa in Karlsruhe Anspruch hat auf monatlich 2 Ze Holz, und obwohl dies ja sehr wenig war, w dies ja auch bis zum Mai vom Bürgermeiste genehmigt. Doch im Monat Juni wollte ich 75jähriger kranker Mann, total fliegergeschä einen Holzschein auf dem Bürgermeisteramt in Südstadt holen, doch hier hieß es kurz und es gibt keine Holzscheine mehr ohne Eingabe das Wirtschaftsamt, nur die Personen haben sicht auf Holz, die kein Gas haben. Ich legte nen Fliegerausweis und die Gasrechnungen woraus alles zu ersehen war. Doch ich wurde gewiesen. Ich ging zum Bezirksvorsteher, doch hier vergebliche Mühe. Nun frage ich die Oeff lichkeit, ist dies sozial, haben wir denn alle sozialen Parteien gewählt, damit es schlechter den soll, ist das demokratische Behandlung, w man bald nicht mehr kochen oder ernähren k Jeder, der einmal im vergangenen Winter auf Büro kam, mußte feststellen, daß fast alle B räume überheizt waren. Wo liegt der Fehler, man in Karlsruhe bald verhungert und nirge nicht einmal auf dem Wochenmarkt, das A nötigste kaufen kann. Wo ist denn die Kontr von oben, wenn selbst die Groß- und Kleinhän alles verschieben oder erklären, das ist für m Kunden, die Großhändler in den Städten verka ihre Waren und warum dürfen die Kleinhän ihre Waren unter dem Verkaufstische zudecken versteсken usw.? Warum werden denn die Kla und Vorschläge nicht gehört. Wo ist das Obst die Beeren dieses Jahr hingekommen? Und liegt der Fehler, daß es heute überall heißt, betreffenden Kartoffelmarken sind verfallen nicht lieferbar. Warum wurde dies nicht vom nährungsamt oder in der Zeitung rechtzeitig kanntgegeben? Für was haben wir den Stadt und diese tüchtigen Bürgermeister gewählt, w es in der alten Fahrbahn weitergeht? Wo soll Zutrauen zur Partei und den anderen herkom wenn uns nicht im geringsten geholfen wird? sind die Gemüse und Nahrungsmittel, die doch Monat August so reichlich zur Verfügung sein ten? Nicht einmal die Magermilch, die uns sprochen wurde, erhalten wir, nicht einmal Alten bekommen ihre versprochene Milch. Ich fr nun: auch hier bekommen alle die so notwendi Nahrungsmittel die Nazi, die noch in großer An frei herumlaufen, ja sogar Blockleiter, die Fritz-Plattner-Haus mit ihren goldenen Tressen frei auf der Straße gehen? Sehr viel liest man den armen Flüchtlingen, die alles verloren hab gewiß sind diese zu bedauern, aber sind denn total Fliegergeschädigten Menschen zweiter Kla die doch auch alles verloren haben und den schre lichen Bombenhagel über sich ergehen lassen m ten und auch nichts mehr haben als das, was am Leibe tragen."

Berichtigung. In der letzten Ausgabe wurde u ter dem Freien Wort der Name Franz Spra falsch wiedergegeben.

# Stimme der Parteien

### Namen nennen!

Der Parteivorstand der SPD, Hannover, schreib

Das Vorstandsmitglied des ZA der SED, Eri Gniffke, sowie der Vorsitzende des Landesvo standes der SEP in Thüringen, Schmidt, hab auf die wiederholten Veröffentlichungen in d Zeitungen Berlins und der Westzonen über Ve haftungen von Sozialdemokraten in der Ostzo erklärt, man solle ihnen Namen nennen. Bish sei ihnen noch nicht ein Fall bekannt geword daß in der Ostzone ein Mensch wegen seiner s zialdemokratischen Gesinnung verhaftet word sei. Nun, wir hegen einige Zweifel an der Aufri tigkeit dieser Erklärung, sind aber durchaus b reit, der Aufforderung nachzukommen, um dam diesen beiden Funktionären der SEP Gelegenhe zu geben, die Ehrlichkeit ihres Bemühens unt Beweis zu stellen. Sie mögen uns öffentlich be kannt geben: 1. aus welchen Gründen die nach folgenden Personen von der GPU in Haft genom men und ohne Angabe ihres Aufenthaltsort ohne Möglichkeit mit ihren Angehörigen in Ko takt zu kommen; 2. in Haft gehalten werden; ob diese Personen überhaupt noch leben, und wann sie ihren Prozeß vor einem deutschen ode einem Militärgericht zu erwarten haben.

1. Dr. Ing. Bernhard Langenbeck, SPD., geb. 5. 82, ehem. Bürgermeister in Altwarp in Pommern, ve haftet am 23. 2. 1946, 7.30 Uhr, in Altwarp und seitdem spurlos verschwunden. Letzter bekannter Aufenthalt GPU-Haft Uckermünde.

2. Polizeimajor Heinrich, SPD, bis 1932 und nach 1945 Kommandeur der Schutzpolizei in Berlin-Spandau, verhaftet am 4. 8. 1945 und seitdem ohne Angabe von Gründen in Haft und spurlos verschwunden.

3. Polizeipräsident Rudolf Schwabe, SPD, Chemnitz, Anfang Januar 1946 zu einer Dienstbesprechung zur Landesverwaltung Dresden bestellt. Dort von der GPU verhaftet worden. Bis heute ist über sein weiteres Schicksal nichts bekannt.

4. Amtsleiterin des Arbeitsamtes Magdeburg, Maria Arning, SPD, früher Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, verhaftet seit Februar dieses Jahres, da mit Bekannten in der Westzone korrespondiert, z. Zt. noch in GPU-Haft.

5. Redakteur Kurt Steinichen, SPD, Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblatt" in Halle (vor der Vereinigung mit der KP), in Haft der GPU, da in Opposition zur KP und in Korrespondenz mit Bekannten aus der Westzone.

6. Wilhelm Manig, SPD, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 5, am 19. 4. 1946 in Reichenbach/Vogtland von deutscher Polizei verhaftet, der GPU übergeben und zuletzt in Plauen inhaftiert. In seinem Gepäck befanden sich Briefe des Büros Schumacher. Manig ist spurlos verschwunden.

7. und 8. Die Jugendlichen Günther Wähler, SPD, 22. 12. 1928 geboren, Berlin NO 55, Winsstr. 71, verhaftet am 7. 4. 1946, 4.30 Uhr, und Arthur Kluge, SPD, geboren am 10. 1. 1928, Berlin N 65, Chaussee-Straße 86, verhaftet am 21. 3. 1946. Beteiligten sich an der Propaganda für die Berliner Urabstimmung der SPD und wurden wegen „Hochverrats" in Haft genommen.

9. Der Lederhändler Willi Göhrt, Berlin N. 65, Adolf-Dogade-Str. 40, wurde am 29. 12. 1945 ohne Angabe von Gründen in Haft genommen und ist seitdem verschwunden.

10. Polizei-Oberleutnant Lipp, SPD, Magdeburg, wegen „Befehlsverweigerung" (Beschlagnahme eines Wohnraumes zugunsten eines Freundes des KP-Polizei-Präsidenten). Verhaftet und seitdem verschwunden.

In Magdeburg befinden sich außerdem mehrere Kriminal-Beamte und ihre Sekretärinnen in Haft, weil sie die Schmutzigkeiten des Präsidenten Wallstab nicht decken wollten. In Zwickau befinden sich z. Zt. ca. 400 Angehörige der antifaschistischen Parteien im Landgerichtsgefängnis in Haft. (Keine Nazis.)

Wenn in diesen Tagen die beiden Vorsitzenden der SEP in der Westzone das Wort nehmen, um über die Erfolge ihrer Politik in der Ostzone zu berichten, so hoffen wir, werden sie nicht vergessen, diesem Thema des Verstoßes gegen jedes Recht und gegen die Menschlichkeit einige Minuten zu widmen!

### Uebertritt zur SPD

Die SPD, Parteivorstand Hannover, teilt mit: Else Zimmermann, die langjährige Funktionärin und Kreistagsabgeordnete der Kommunistischen Partei bereits vor dem Hitlerreich war, und die wegen illegaler politischer Betätigung für die KP eine hohe Zuchthausstrafe erlitten hat, ist aus der KP ausgetreten und hat ihren Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt. Sie hat dabei betont, daß sie den Weg der Kommunistischen Partei für unmöglich halte und eine aktive Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes nur in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sehen könne.

### Zum zweitenmal zum Tode verurteilt

Dachau, 7. Aug. (dana) Am Montag sprach ein amerik. Militärgericht die Mitglieder der Kreisleitung Freising Hans Staudinger und Max Hermann, die bereits vor vier Wochen im Pfaffenkirchen-Prozeß des Verbrechens, amerik. Flieger ermordet zu haben, überführt worden waren, erneut für schuldig und verhängte zum zweitenmal die Todesstrafe durch den Strang.

# Interessantes in Kürze

dana-Meldungen:

Berlin. Der ehemalige Hinrichtungsraum der Strafanstalt Berlin-Plötzensee soll zu einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus werden. Zur Ausgestaltung des Raumes hat der Hauptausschuß „Opfer des Faschismus" einen Wettbewerb ausgeschrieben, der für die besten Pläne Preise von 1500, 1000 und 500 Mark vorsieht.

Frankfurt. Der Leiter des Koordinierungsamtes beim Länderrat und politische Berater der Militärregierung, Dr. James K. Pollock, wird demnächst nach den Ver. Staaten zurückkehren. Während seiner Abwesenheit wird Oberst William W. Dawson, der Leiter der amerik. Militärregierung für Württemberg-Baden, nach Mitteilung des amerikanischen Hauptquartiers dieses Amt übernehmen.

Wiesbaden. Der zweite Landesvorsitzende der SPD, Oberregierungsrat Heinrich Zinnkann, Darmstadt, ist, wie auf einer am Mittwoch von Oberst R. Newman, Chef der Militärregierung für Großhessen und Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler abgehaltenen Pressekonferenz bekanntgegeben wurde, durch den großhessischen Ministerpräsidenten im Einvernehmen mit der Militärregierung zum Innenminister von Großhessen ernannt.

Heilbronn. Zwei Frachtschiffe mit amerikanischen Lebensmittellieferungen für Württemberg-Baden sind im Heilbronner Kanalhafen am 3. und 5. August eingetroffen. Das 809 Tonnen Motorschiff „Expreß" brachte 430 Tonnen Weizen, 70 Tonnen Gerbstoffe und andere Beiladungen aus Bremerhaven. Das Motorschiff „Rosina" enthielt Trockenkartoffeln und andere Lebensmittel.

Bremen. 1 100 internierte Deutsche aus Fernost trafen am Sonntag mit dem amerikanischen Transportschiff „Marine Robie" in Wesermünde — Bremerhaven ein. Sie setzten sofort mit der Eisenbahn ihre Reise nach Süddeutschland fort. Bei den Internierten handelt es sich um 850 Deutsche aus Schanghai und 250 aus Singapore.

Bremen. Die evangelische Kirche in Bremen erhielt in der vergangenen Woche eine Spende von 1600 Testamenten und 282 Bibeln, die von der amerikanischen Bibelgesellschaft gestiftet wurden. Die Testamente wurden, wie die Pressestelle der Kirchenkanzlei am 5. August bekanntgab, an Bremer Schulkinder verteilt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Karlsruher SPIEGEL

## Die lieben Verwandten

Es war ein alter Brauch, der einmal im Jahr die weitverzweigte Verwandtschaft vereinte. Diese Gelegenheit erfuhr eine jähe Unterbrechung, als sich der Onkel Otto bei der Verteilung der Erbmasse geradezu niedrig benahm, die ganze Verwandtschaft als Bagage und die dicke Tante Frieda als Kanaille bezeichnete.

Den Anstoß für den sichtbaren Ausdruck der im geheimen gehegten Gefühle gab Tante Frieda, die sich auf Onkel Otto stürzte, ihm die Krawatte vom Hals riß und einen schweren Rechten am Auge landete. Er wehrte sich zappelnd wie ein Fisch auf dem ererbten Sofa gegen die erdrückenden Pfunde der Tante Frieda. die es mit dem Bibelwort gehalten hatte. Im allgemeinen Handgemenge wurden zahlreiche Gegenstände als Hieb-, Stich- und Wurfwaffen benützt.

An diesen Vorgängen war ich als Knabe nur insofern beteiligt, als ich das am Boden liegende Silber in der Tasche der Mutter verschwinden ließ. Der Streit wurde dadurch beendigt, daß kurz vor der endgültigen Besiegung des Onkels Otto Tante Frieda das Kleid platzte. Dieser Umstand gab einen umfassenden Aufschluß über die bedeutenden Formen der geplatzten Tante.

Diese Vorgänge habe ich vergessen, weil der Onkel vom Lande ist. Er kam auf meine Einladung mit vollzähligem Anhang und mit einem großen Koffer, der die Erwartungen gewaltig hob. Daß er sich mit den Seinen bei mir heimisch fühlen sollte, hatte ich als formelle Höflichkeit gedacht, daß sie sich aber so heimisch fühlen, hatte ich nicht gehofft. Den frechen Hans und den krummbeinigen Peter, der Ohren hatte wie ein Horchgerät, ertappte ich, als sie das Aquarium restlos geleert hatten. Der nimmersatte Karl ließ sich nicht beirren, das letzte Brot der Periode zu vertilgen, obwohl es ihm sichtlich schwer fiel, und der schielende Anton zog mit seinen schweren Tretern schleifend über das Parkett.

Mit Rücksicht auf den Inhalt des Koffers machte ich ein süß-saures Gesicht und war selig, als es mir glückte, den Onkel zu einem Besuch in meinem Garten zu bewegen.

Die 4 Trabanten stürzten sich mit einem Heißhunger auf Sträucher und Obstbäume, als hätten sie so etwas noch nie gesehen, trampelten über die sorgsam gehüteten Beete und waren in der Wirkung wie ein alles verheerender Heuschreckenschwarm.

Schließlich riß mir die Geduld. Ich sprach in meiner Verzweiflung von schlechtem Betragen und mangelhafter Erziehung. Dazu sagte mir der Onkel, daß er nicht gekommen sei, um sich beleidigen zu lassen, und unter diesen Umständen würde er es vorziehen, sofort wieder nach Hause zu fahren. Das Kraut und die Rettiche werde er auch wieder mitnehmen. Damit packte er seine Landplage an der Hand und ging.

Ich atmete erleichtert auf und habe mir für alle Zeiten vorgenommen, die Verwandtschaft zu meiden und Spekulationen nach dem Lande, trotz Notzeiten, zu unterlassen. P. S.

### Vier Urteile der Spruchkammer V

In der 1. Tagung der V. Karlsruher Spruchkammer verhandelte gestern Präsident Dr. Öchsler vier Fälle. Als öffentlicher Ankläger fungierte Dr. Treibmann.

Dem ersten Beklagten, Florian Gamsriegler, Elektromonteur, wurde zur Last gelegt, von 32—34 der NSDAP und SA (als Scharführer) angehört zu haben. Es erfolgte Austritt wegen Zahlungsschwierigkeiten. Auf Grund guter Zeugenaussagen wurde G. in die Gruppe der Minderbelasteten mit 2 Jahren Bewährungsfrist eingereiht. 20 Prozent des Vermögens werden eingezogen, ferner wurde er zu einem dreimonatlichen Einsatz für Wiederaufbauarbeiten verurteilt.

Johann Joachim, Packer, Karlsruhe, gehörte von 33—45 der NSDAP an. Er war außerdem Mitglied der SA Reserve von 33—39 und bekleidete den Rang eines Rottenführers. Nach Ausschließung aus der Partei wegen ungebührlichen Betragens, Zahlungsunfähigkeit und Mangel an Interesse, wie er sagte, hat er sein Parteibuch selbst abgegeben. Seine beiden Zeugen, u. a. ein ehem. Blockleiter, unterstrichen die Aussagen des Angeklagten. Die Kammer reihte ihn daher in Klasse 2 der Minderbelasteten ein mit 2 Jahren Bewährungsfrist, 300 Mark Geldstrafe und Sonderarbeiten für die Dauer von 30 Tagen.

Rudolf Hartmann, kaufm. Angestellter, Karlsruhe, war ab 36 Blockleiter, obwohl er 33/34 immer noch Gegner der Partei war. Nach Eintritt im Jahre 37 erhielt er 38 den Posten eines Zellenleiters. Sein Beitritt sei auf die Propaganda durch Rundfunk und Presse zurückzuführen. Als Blockleiter hat er Mitglieder geworben, Aufnahmen jedoch keine getätigt. Der Antrag des öffentlichen Klägers auf Einreihung in die Gruppe 2 der Belasteten und 1 Jahr öffentliche Arbeit erschien etwas hart, zumal H. seit seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft als Arbeiter tätig ist und sich auch die Ehrenkarte der Stadt Karlsruhe erworben hat. Das Gericht ordnete ihn bei einem Jahr Bewährungsfrist, einem einmaligen Beitrag von 500 RM für den Wiedergutmachungsfond, zu den Minderbelasteten ein.

Von 29—45 Pg., Blockleiter von 34—41, Träger des silbernen Gauabzeichens und Teilnehmer an der Gauschulungsburg Frauenalb, war Kraftfahrer Wilh. Vogel. Außerdem war er als Judengegner bekannt, obwohl er dies energisch bestritt und durch Vorzeigen von Quittungen aus einem jüdischen Bekleidungsgeschäft zu belegen versuchte. Nach eigener Aussage ist er aus reiner Ueberzeugung der Partei beigetreten. Vogel war Nutznießer. Seine Dienstzeit wurde erhöht wegen aktiver Mitgliedschaft. Er wurde auf Lebenszeit in das Beamtenverhältnis übernommen. Das Gericht gab daher dem Antrag auf Einreihung in die Gruppe 2 der Belasteten, Einweisung in ein Arbeitslager auf die Dauer von 2 Jahren sowie Einzug von 50 % des Vermögens, mind. jedoch 1000 Mark, statt. M.M.

★

**Ehrendienst am Samstag-Nachmittag.** Der Treffpunkt zur Ableistung des Ehrendienstes am Samstag, den 10. August 1946, ist auf 13 Uhr — Ecke Bismarck- und Hans-Thoma-Straße — festgesetzt.

**Karlsruher Notgemeinschaft.** In der 2. Hälfte des Monats August 1946 findet eine weitere Auszahlung einmaliger Spenden an die von der Wohlfahrtsverwaltung und den Wohlfahrtsverbänden anerkannten Bedürftigen statt. Die Karte der K.N.G. ist unbedingt vorzulegen.

**An die Städt. Bühnen München-Gladbach-Reydt** wurde Marianne Piasecki als 1. Opern- und Operettensoubrette verpflichtet.

**Märchenstunde.** In einer kleinen Märchenstunde las am Dienstag im Munzsaal Margarete Stauß (Ostpreußen) aus eigenen Werken. Wir hörten Gedichte und Märchen, die von Musikstücken aus Schumanns „Kinderliedern" umrahmt wurden. Für die nächste Märchenstunde wünschten wir allerdings etwas mehr Gehalt und der Schriftstellerin einen besseren Erfolg.

**Lebensmittelvergiftung.** Eine 75jährige Frau mußte wegen Lebensmittelvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo sie verstorben ist. Sie hatte mit ihrer Tochter und ihrem Schwiegersohn eingedünstete Gelberüben mit Erbsen genossen, die verdorben waren. Auch bei dem Ehepaar besteht Lebensgefahr.

**Ertrunken.** Im Rheinstrandbad Rappenwört wurde nach Badeschluß in einem Kleiderkasten eine vollständige Knabenbekleidung gefunden, die einem etwa 10jährigen Jungen gehört, der wahrscheinlich beim Baden ertrunken ist. — Bei der Appenmühle stürzte ein 3jähriges Kind beim Brombeerpflücken in die Alb und ertrank.

**Verkehrsunfall.** In der Nacht geriet ein Personenkraftwagen, dessen Führer wahrscheinlich unter Alkoholeinwirkung stand, in der Badenerstraße aus der Fahrbahn und fuhr über den Bordstein gegen dort lagerndes Baumaterial. Hierbei wurden Fahrer und Beifahrer schwer verletzt und der Kraftwagen erheblich beschädigt.

**Falsche Kriminalbeamte.** Zwei Handwerker wurden festgenommen, weil sie unter der Vorgabe, sie seien Kriminalbeamte, eine Wohnung durchsuchten und daraus eine größere Menge amerikanische Genußmittel, sowie einen größeren Geldbetrag entwendet haben.

**Wettervorhersage bis Freitagabend**

**Veränderlich, aber vorwiegend trocken.** Wechselnd bewölkt mit Zwischenaufheiterungen, nur vereinzelte schauerartige Regenfälle, bei südwest- bis westlichen Winden wenig Temperaturveränderung gegenüber den Vortagen.

**Rheinwasserstände**

Pegel: 6. August: Konstanz 425 (—5), Breisach 249 (—4), Kehl 294 (—4), Maxau 478 (—10), Mannheim-Rh. 370 (—8), Mannheim-Neck. 365 (—9). 7. August: Konstanz 422 (—3), Breisach 249 (—), Kehl 296 (+2), Maxau 474 (—4), Mannheim-Rh. 365 (—5), Mannheim-Neck. 360 (—5).

# Tabak für den Hausgebrauch

## Ernte und Trocknung

Der Tabak reift am Stock von unten nach oben. Die Blatt- oder Pflückreife tritt je Sorte verschieden von Mitte-Ende Juli an in Tages- und Wochenabständen ein. In der Erntefolge unterscheiden wir als Ernteanteile:

Grumpen (Erdblatt) (unterste 3—4 Blätter reifen auf der Erde liegend aus (bis braun werdend), machen dort schon einen Fermentationsvorgang durch, so daß sie industriell nach Reinigung von Sand und Staub sogleich verwendet werden.

Sandblatt (Vorbruch) nennt man den im August nachfolgenden nächstunteren Blattbruch, der 4—6 Blatt umfaßt. Er stellt das wertvollste Erntegut dar.

Hauptgut (Best- oder Muttergut) erbringt, wie dies das Wort schon besagt, den Haupternteanteil einer Pflanze (6—10 Blatt). In Gegenden mit besonders guten Herkünften wird ein Teil dieser Blätter vorher schon als Mittelgut vorweggebrochen, um ein in Blattgröße und Reifestadium besonders einheitliches Erntegut zu erzielen.

Das Obergut (Fettgut) schließt den Tabakerntering ab. Es sind dies die oberen Blätter der Staude (ca. 3 Wochen nach dem Hauptgut ausreifend).

**Erntereifes Tabakgut!**

Die Tabakblätter sind dann pflückreif, wenn auf ihren Oberflächen lichtgrüne bis gelbgrüne oder gelbliche Flecken auftreten (Oelflecken). Die sattgrüne Blattfarbe geht dabei in helleres oder mattgelbliches Grün über, das Blatt selbst wird etwas schlaff und scheidet klebrige Tröpfchen aus, während das Tabakfeld, besonders am Abend stark verspürbar, ein honigähnliches, ansprechend duftendes Aroma ausströmt. Zigarrengut brechen wir zur beginnenden Reife, Schneidegut (Rauchtabak) am besten in Vollreife. Daß auch noch eine Nachtabakernte da und dort angezeigt scheint, sei vermerkt. Dies sind die Tabakblätter, welche nach der Ernte am Stock noch wachsen (meist entstammen sie den nicht gebrochenen Geiztrieben). Als gute Rauchware dürfen wir sie jedoch nicht bezeichnen, sie gelten als sehr fettig und haben scharfen, stechenden Geschmackscharakter.

Es ist ratsam, oft das Reifestadium der Tabakblätter zu prüfen, damit auch im richtigen Zeitpunkt geerntet wird. Nur tautrockene Blätter brechen wir (durch seitliches Abbiegen, dann springen die Stiele wie brüchiges Glas ab, woran wir auch ein Reifezeichen haben) an trockenen Tagen, möglichst morgens. Die gesammelten Blattmassen setzen wir zum ersten Abwelken kurze Zeit gebündelt auf Häufchen (mit der Blattrückseite nach oben). Allzulanges Sitzenlassen dieser gebündelten Häufchen ist wegen der Gefahr der Selbsterhitzung der Tabakblätter nicht zu empfehlen.

**Das Trocknen der Tabakblätter**

Das abgewelkte Erntegut wird Blatt für Blatt, an der Rippe etwa 1—2 cm unter der Bruchstelle seitlich (auf der Unterseite) mit einer Tabakeinfädel- oder Packnadel durchstoßen. So reihen wir die Blätter auf „Bandeliere" (Schnüre), in denen sie sich nicht zu dicht aufeinander folgen sollen, damit die Luft immer genügend Spielraum hat. Die Blätter dürfen also nicht ineinander schlagen, wenn sie durch Flüssigkeitsabgabe einrunzeln, sonst bilden sich Fäulnisherde. Am besten trocknen wir unseren Tabak in einem schattigen, luftigen Raum, in welchem wir den Luftzug kontrollieren und regulieren können (zur Ab- und Zugabe von Feuchtigkeit.) Durch fachgemäßes Trocknen erzielen wir ein schönes, gelbbraunes bis dunkelbraunes Tabakgut mit harter Mittelrippe und trocken-griffiger, aber nicht spröd klingender, brüchiger Blattfläche. Schimmelbildung, hervorgerufen durch zu große Luftfeuchtigkeit, ist zu vermeiden, wo sie auftritt, hilft ein rasches Abbürsten oder Abreiben der Blätter. Gesunder, dachtrockener Tabak enthält immer noch 15—17 Prozent Wasser. Sein Blatt ist knüllbar, ohne zu bröckeln, es breitet sich dann von selbst wieder in seine alte Form zurück. Schon im Trocknungsprozeß macht der Tabak Vorgänge zu seiner Qualitätsverbesserung durch, indem neben der Wasserverdunstung auch Kohlenhydrate verschwinden. Von einer Grüngärung — wie sie da und dort die Praxis kennt — sei jedoch jedem Laien abgeraten. Der langsame, natürliche, zeitgebundene Trocknungsvorgang auf Schnüren bei gesteuerter Luftzufuhr und somit Feuchtigkeitsregulierung ist am einfachsten, sichersten und erfolgversprechendsten. t.

### 12.—17. August kein Besucherverkehr

**beim Landeswirtschaftsamt Karlsruhe**

Wie das Landeswirtschaftsamt Karlsruhe im Anzeigenteil bekannt gibt, müssen aus technischen Gründen in der Zeit vom 12. bis einschließlich 17. August 1946 sämtliche Abteilungen des L. W. A. für jeglichen Besucherverkehr geschlossen bleiben.

In dieser Zeit müssen, da dringende Terminarbeiten und Planungen vorgenommen werden, alle Versuche die Referenten zu sprechen unterbleiben. Gleichzeitig bittet das L. W. A. immer wieder sich unbedingt an die festgesetzten Sprechtage und Stunden zu halten, da dies für die Erfüllung der dem Amte gestellten Aufgaben dringend erforderlich ist.

Die Sprechstunden des Landeswirtschaftsamtes beginnen also wieder am Dienstag den 18. August von 9 bis 12 Uhr usw., jeweils Dienstags, Donnerstags und Samstags von 9 bis 12 Uhr. So.

### Hoher Krankenstand u. Unterernährung

Ein bedenkliches und trübes Bild der körperlichen und gesundheitlichen Verfassung der Versicherten entwirft der Monatsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Baden-Baden. Der Bericht stellt fest, daß die Unterernährung durch den Ausfall der Kartoffeln und dem fühlbaren Mangel an Frischgemüse und Obst einen sehr bedenklichen Höhepunkt erreicht habe, so daß für die Zukunft ein Zusammenbruch der in Arbeit stehenden Bevölkerung befürchtet werden müsse, nachdem ein ungewöhnlich hoher Krankenstand zu verzeichnen sei. Seit Monaten würden die ärztlichen Berichte bei Abschluß in Erkrankungsfällen nur noch lauten: Nur noch für leichtere Beschäftigung arbeitsfähig.

# Für eine einheitliche Transportplanung

## der Umschlaghäfen Mannheim — Karlsruhe — Heilbronn

Nr. 68 der Rhein-Neckar-Zeitung vom 16. 7. 1946 brachte von -wh.- unter der Ueberschrift: „Für eine einheitliche Transportplanung" einen Artikel, der am besten „Gegen eine einheitliche Transportplanung" überschrieben worden wäre.

Die Importe für Württemberg, so behauptet -wh.-, gehen gegenwärtig nach Heilbronn und die für Baden nach Mannheim. Karlsruhe bleibe unberücksichtigt, da die geringen Mengen für sein Einzugsgebiet besonders zu verladen aus Kostengründen sich nicht lohne. Der „Konkurrenzkampf" von Mannheim, Heilbronn und Karlsruhe untereinander sei nicht lohnend, da selbst eine weitere Aufteilung der württembergisch-badischen Importe zugunsten Karlsruhe dessen Lage nicht nennenswert verbessern werde. Eine weitere Verzettelung der Lebensmitteltransporte hätte nur eine Erhöhung der Einfuhrkosten zur Folge, während für Karlsruhe kaum eine nennenswerte Belebung des Hafenverkehrs herausspringen würde.

Mit dürren Worten gesagt wünscht -wh.-, daß die von zuständiger deutscher Seite zu treffende prinzipielle Entscheidung eine Ausschaltung des Karlsruher Rheinhafens bei dem Umschlag der Lebensmitteltransporte für die US-Zone herbeiführe.

Als Vertreter der Karlsruher Rheinhafeninteressen bedauere ich, diesen im Interesse von Mannheimer Interessenten geltend gemachten Wunsch, nicht allein vom Karlsruher Standpunkt aus, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen, da eine solche Entscheidung als ungerecht und bedenklich empfunden werden müßte.

Als im badischen Landtag die Regierungsvorlage über den Bau des Karlsruher Rheinhafens behandelt wurde, stand ich schon jahrelang im Dienste des Mannheimer Verkehrs, fühlte als Mannheimer und habe die Landtagsverhandlungen mit größtem Interesse verfolgt. Ich werde nie vergessen, daß bei der Beratung der Vorlage in der 1. Kammer der Mannheimer Handelskammerpräsident Lenel sich für die Vorlage aussprach, weil er als Vertreter einer Handelskammer nicht gegen eine Vorlage sein könne, die eine Verkehrserleichterung bezwecke.

Zu diesem Gesichtspunkt tritt hinzu, daß Mannheim — Karlsruhe — Heilbronn nicht nur Häfen der US-Zone, sondern auch Umschlagsplätze des Landes Nordwürttemberg — Nordbaden sind. Diese Tatsache verlangt, daß nicht ein Hafen vor einem anderen bevorzugt wird, sondern alle gleichmäßig, einheitlich behandelt werden, wobei noch zu beachten ist, daß Karlsruhe schiffahrtstechnisch nicht in einem „toten Winkel" liegt, sondern der südlichste Rheinhafen der US-Zone ist, was m. E. verpflichtet, nicht nur an Nordwürttemberg und an Nordbaden zu denken, sondern auch an Südwürttemberg und Südbaden, für welche Gebiete — nach dem bekannten Ausfall von Kehl — Karlsruhe der frachtgünstigste Umschlagsplatz ist.

Es ist irreführend, wenn -wh.- behauptet, der Karlsruher Hafen mache Mannheim „Konkurrenz". Was der Karlsruher Hafen beansprucht, ist nur an dem Umschlag der Lebensmittelsendungen in angemessenem Maße beteiligt zu werden, soweit die Empfangsplätze für ihn frachtgünstig liegen. Die größten Mengen der Transporte zu verlangen, ist dem Karlsruher Hafen nie eingefallen. Er steht vielmehr auf dem Standpunkt des „Suum cuique", „jedem das Seine".

Daß die Importe für Württemberg nach Heilbronn gehen, halten wir nur im Sinne unserer Auffassung für begründet, denn ein anderer Standpunkt wäre eine Verletzung berechtigter Interessen, die im Widerspruch zu Erklärungen der zuständigen württembergischen Stellen stehen würde, ist doch Karlsruhe — verkehrswirtschaftlich betrachtet — für viele Beziehungen der frachtgünstigst gelegene württembergische Rheinhafen. Seine Ausschaltung aus dem Umschlag der Lebensmittelsendungen würde daher auch eine Schädigung württembergischer Interessen bedeuten, die bei den anzustellenden Erwägungen nicht übersehen werden darf.

Die Behauptung von -wh.-, die Transporte für Württemberg gingen nach Heilbronn, ist anzuzweifeln, nachdem der Oberbürgermeister von Heilbronn an die zuständigen Stellen eine Eingabe gerichtet hat, in der über die Lebensmitteltransporte folgende Sätze stehen:

„Lebensmitteltransporte: Besonderes Augenmerk sollte das Wirtschaftsministerium und das Landesernährungsamt den Lebensmitteltransporten schenken. In einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium Abt. Landwirtschaft und Ernährung vom 22. März habe ich bereits die Gründe angeführt, die für die Einschaltung des Neckarkanals und des Umschlaghafens Heilbronn sprechen. Soweit nunmehr auf dem Rhein bergwärts kommendes Getreide für die Versorgung von Württemberg und Bayern bestimmt ist, sollte das Wirtschaftsministerium Abt. Landwirtschaft und Ernährung, die in der Verteilung der Mengen federführende Süddeutsche Getreide- und Produkten-Handels-GmbH. veranlassen, den Wasserweg bis Heilbronn auszunützen."

Das Landeswirtschaftsamt von Nordwürttemberg scheint diesem Verlangen in der Zwischenzeit teilweise Rechnung getragen zu haben. Davon aber, daß das Landeswirtschaftsamt Karlsruhe für den Karlsruher Hafen etwas ähnliches durchgesetzt hat, können wir leider nicht feststellen.

Zu den Ausführungen von -wh.- wäre noch mancherlei zu bemerken. Ich sehe vorerst davon ab und wiederhole zum Schluß nur Gedanken, die in früheren Jahren über eine tatsächlich einheitliche Transportplanung veröffentlicht wurden.

1. Es ist selbstverständliche Pflicht jeder Wasserstraßen- und jeder Hafenverwaltung, ihren Verkehr nach Möglichkeit zu entwickeln.

2. Bei dieser Entwicklung sollte jedoch nicht eine Verkehrsablenkung von den schon vorhandenen Wasserstraßen und Umschlagsplätzen das Ziel sein, sondern die Gewinnung von Transporten aus dem neu erschlossenen Gebiet, die ohne die neue Wasserstraße nicht wirtschaftlich waren, daher nicht ausgeführt wurden.

3. Ich halte nicht für angängig, die verkehrspolitische und verkehrswirtschaftliche Wirkung der zu stellenden Anträge auf die konkurrenzierten deutschen Wasserstraßen und Häfen vollständig außer acht zu lassen, d. h. so vorzugehen, als ob sie überhaupt nicht vorhanden wären.

4. Die Gemeinsamkeit der Aufgabe und die Zugehörigkeit zu einem einheitlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebiet sollten dazu veranlassen, bei der Verkehrswerbung nach dem Wahlspruch zu verfahren: Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche.

5. Die gleichen Rücksichten sollten schließlich das Bedürfnis wecken, mit den übrigen Wasserstraßen und Häfen zusammenzuarbeiten, ein Verhältnis anzustreben, das jedem das Seine gibt und eine vertrauensvolle Einordnung in die deutschen Verkehrsdienste möglich macht.

Emil Pfeiff, Rheinhafendirektor, Karlsruhe.

# Produktion erfordert dringend Arbeitskräfte

## Der Aufbau der Wirtschaft ist Sache der Allgemeinheit

Die Gegenwart erfordert die Lenkung der Bedürfnisse. Das Ernährungsamt, Wirtschaftsamt kann nur über die Verbrauchsgüter verfügen, die zur Verfügung stehen. Um eine größere Verteilung vornehmen zu können, darf keine Arbeitskraft, ob männlich oder weiblich, müßig gehen.

Das Arbeitsamt kann Arbeit in Hülle und Fülle vergeben. Dieses Amt wird von vielen nach Möglichkeit gemieden. Die Arbeit, die der Einzelne sucht, wurde bereits vergeben. Also auch das Arbeitsamt macht bestimmt alles falsch und deshalb ist der Bewerber berechtigt, seinem Herzen Luft zu machen, und zwar schon gleich beim Eintritt am Vermittlungsschalter.

Es können keine Schuhe zur Verteilung kommen, wenn nicht fleißige Hände die Verarbeitung, angefangen beim Rohprodukt, der Haut, vornehmen. So geht es mit allen Artikeln des Verbrauchs und des täglichen Lebens. Erst erschaffen, dann ausgeben! Dazu brauchen wir willige Menschen, die Hand anlegen, wo es notwendig ist. Wenn jeder einzelne von diesem Gedanken durchdrungen ist, dann können auch viele Dinge erstellt werden, die so notwendig gebraucht werden.

Die Lebensmittelindustrie hat einen großen Bedarf an Arbeitskräften, auch die Landwirtschaft braucht dringend Hilfe zur Ernte. Es müssen aber in allen Zweigen der Wirtschaft die Räder wieder ineinander laufen. Im deutschen Volk sollte man sich endlich Gedanken darüber machen, ob es angängig ist, daß noch Tausende der Arbeit aus dem Wege gehen. Unsere Jugend hat, wie schon oft betont wurde, eine schwere Zukunft. Jedoch muß ein Wille vorhanden sein, dort zuzupacken, wo es erforderlich ist. Warten wir nicht ab, bis andere uns helfen. Es ist Sache der Eltern, die Jugend zur Arbeit zu erziehen. Tausende arbeiten mit der gleichen Menge an Kalorien, weil sie sich bewußt sind, daß etwas geschehen muß, um aus dem Chaos herauszukommen. Nur wer produziert, kann auch verbrauchen.

Wir brauchen in Karlsruhe dringend Arbeitskräfte. Einige hundert junge Mädchen und Frauen können im Haushalt wie in der Industrie Arbeit finden. Für die Männer jeden Alters ist Arbeit genug vorhanden. Wer Verantwortung seinen Mitmenschen gegenüber trägt, wird seine Arbeitskraft in den Dienst des Volkes stellen. In Karlsruhe ist der Beweis erbracht, daß die verantwortlichen Männer in steter Pflichterfüllung und unermüdlicher Arbeit bereit sind, das Beste zu leisten.

Die Verwüstungen und Zerstörungen sind so groß, daß es noch langer Zeit bedarf, bis die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden können. Alles dreht sich um den Arbeitswillen des Einzelnen, sich einschalten zu lassen in den Arbeitsprozeß und dazu beizutragen, dem deutschen Volk wieder eine bessere Lebensmöglichkeit zu geben. Es gilt, Zerbrochenes wieder auszubessern, Zerstörtes aufzubauen und die vorhandenen Rohmaterialien zu verarbeiten, um zu den notwendigsten Bedarfsgütern zu gelangen. K. K.

## Radioprogramm

**Stuttgarter Sender**

**Freitag, 9. August:** 8.30—9.00 Perlen der Literatur. 10.00 bis 10.30 Schulfunk. 10.45—11.45 Hörspiel. 11.45—12.00 Haus und Heim. 15.00—15.15 Neue Bücher. 15.15—15.30 Hausmusik. 17.30—17.45 Pressestimmen aus aller Welt. 18.30—19.00 Musikalischer Bilderbogen. 19.00—19.15 Sport. 19.15—19.30 Gegen menschliche Leiden. 19.30—20.00 Parteien diskutieren. 21.00—22.00 Zum Feierabend.

**Samstag, 10. August:** 8.30—9.00 Kleine Barmusik. 10.00 bis 10.30 Schulfunk: Englisch. 10.30—10.45 Amerikanische Weisen. 11.30—12.00 Landfunk. 14.00—14.30 Unsere Volksmusik. 14.30—15.00 Auskunft bitte. 15.25—15.30 Musikalisches Vorwort. 15.30—18.00 Oper: „Entführung aus dem Serail". 18.45—19.00 Rechtsfragen des Alltags. 19.00 bis 19.15 Wirtschaftsfragen. 19.15—19.30 Margit Humbrecht singt. 19.30—19.45 Politischer Wochenbericht. 19.45 bis 20.00 Blick in die Welt. 20.35—21.00 Rund um die Stadt. 21.00—22.00 Bunte Stunde.

## Theater-Rückschau

„Was in 12 Jahren zerstört wurde, ist nicht in 12 Monaten aufzubauen", schrieb ein Berliner Theatermann in einem Rückblick auf die vergangene Spielzeit. Unter diesem Aspekt muß auch eine Betrachtung über die Saison 1945/46 in Karlsruhe stehen, deren Spielplangestaltung unter Berücksichtigung der verschiedensten Faktoren geschah, die nach dem totalen Zusammenbruch auftauchten. Das oben erwähnte Zitat darf jedoch nicht als generelle Entschuldigung für alle Fehler gelten, die trotz Berücksichtigung der erschwerenden Umstände gemacht worden sind.

In erster Linie fehlte am Staatstheater das ordnende Prinzip, der gestaltende Wille und zum Teil Initiative und Tatkraft. Das soll nicht als Vorwurf gelten, sondern als objektive Feststellung. Eine Aenderung liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Es ist in der letzten Zeit verschiedentlich harte Kritik am Staatstheater geübt worden. Meist geschah dies jedoch unter Außerachtlassung des Hauptfaktors, nämlich, daß die Karlsruher Bühne eine staatliche Institution ist und folglich ihre letzten Direktiven vom Kultusministerium erhält. Und von hier aus wurde dem Staatstheater nicht die Unterstützung zuteil und nicht die große Bedeutung beigemessen, die es verdient. Ein Kardinalfehler war es, daß der Intendantenposten, nachdem er vakant geworden war, nicht engültig mit einem erfahrenen Theaterfachmann besetzt wurde, obwohl verschiedene Bewerber genannt waren. Auch von Seiten der amerikanischen Militärregierung wurden konkrete Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Warum das Kultusministerium diese Vorschläge des Theateroffiziers nicht aufgegriffen hat, ist nicht verständlich.

So konnte ohne einheitlich straffe Führung keine befriedigende Arbeit geleistet werden. Es ist bedauerlich, daß den Bestrebungen, das Theater vom Staat unabhängig zu machen und das Stadttheater wiederzueröffnen, kein Erfolg beschieden war.

Solange ein Intendant nicht vollkommen freie Hand hat, kann nicht das Letzte und Beste erreicht werden. Es hat sich gezeigt, daß die Privattheater in Deutschland mit dem richtigen Mann an der Spitze, Weltgeltung hatten. Man erinnere sich der Namen wie Reinhardt, Ziegel, Falkenberg oder Engel. Ein weiterer Hemmschuh für eine positive Entwicklung bedeutete die Nichtbesetzung eines Oberspielleiterpostens für die Oper. So hat man sich von Aufführung zu Aufführung ohne bestimmtes Ziel durchlaviert. Daß die Oper einer großen Leistung fähig ist, hat der „Don Giovanni" bewiesen.

Die Gestaltung des Schauspielspielplans zeigt wohl, daß man bemüht war, möglichst reichhaltig zu sein, jedoch fehlte die innere Geschlossenheit.

Ein Blick über die Spielpläne der deutschen Theater läßt erkennen, daß alles noch ein Suchen und Tasten nach neuen Formen war. So wurde auch in Karlsruhe die stärkere Bevorzugung des fortschrittlichen Gedankens in der Kunst vermißt. Allerdings muß dabei auch das vorhandene Schauspielpersonal berücksichtigt werden: die vollwertige Besetzung verschiedener Rollenfächer war einfach nicht möglich.

Bei der künftigen Spielplangestaltung ist eine weise Dosierung Grundbedingung. Denn die umstrittenen Erfolge eines Heinz Stroux in Darmstadt oder Jürgen Fehling in Berlin haben gezeigt, daß eine zu einseitige Bevorzugung von modernen und problematischen Stücken negative Ergebnisse zeitigt. Um dem Schauspiel eine freiere Entfaltung zu sichern, wäre eine zusätzliche Kammerspielbühne notwendig. Es hat sich erwiesen, daß Stücke wie „Heilige Flamme" oder „Hokuspokus" in dem großen Konzerthaus sehr viel an Wirkung verlieren. Es bleibt zu hoffen, daß dieser lang gehegte Wunsch in Bezug auf ein Kammerspiel endlich realisiert wird, zumal entsprechende Räumlichkeiten vorhanden wären und unter Aufwand von einiger Mühe und Arbeit für diese Zwecke hergerichtet werden könnten. In weitaus mehr zerstörten Städten als Karlsruhe existieren schon längere Zeit Einrichtungen dieser Art.

Während sich die Tanzgruppe des Staatstheaters mit Erfolg bemühte, positive Arbeit zu leisten, zeigt der Spielplan in Oper und Konzert ein ziemlich dürftiges Repertoire. Dies ist umso bedauerlicher, als die Karlsruher Bühne über eine große musikalische Tradition verfügt. Die Karlsruher Musikfreunde erwarten mit Recht, daß es in der nächsten Saison nicht bei 5 Symphoniekonzerten mit nur hinreichend bekannten Werken unserer Meister bleibt. Es ist eine Tatsache, daß eine gewisse Enttäuschung über die bisherige Gestaltung der Konzerte besteht; bietet doch das unbestrittene Können von Generalmusikdirektor Matzerath die Gewähr dafür, daß auch die Werke jüngerer Komponisten, wenn sie nicht zu einem durchschlagenden Erfolg führen, so zumindest doch anerkannt werden. Nicht zuletzt sei auch an das Bedürfnis, wieder Gastdirigenten zu hören, erinnert.

Bei einem Vergleich mit anderen, auch kleineren Städten ergeben sich für das Staatstheater nicht gerade günstige Schlüsse. In der kommenden Spielzeit sollte der von Vielen gewünschte Auftrieb des musikalischen Lebens endlich zur Tatsache werden und aus der abwartenden Stellung heraus sich zumindest ein langsames Vorwärtsgehen entwickeln. Die finanziellen Voraussetzungen sind mit dem nunmehr festliegenden Theaterbudget für die kommende Spielzeit vollauf gegeben. Ng.

### Triumph der Heiterkeit

Das war Triumph — im wahrsten Sinne des Wortes. Das war Heiterkeit. — Ein Meisterabend der Konzertdirektion Hoffmeister, das Beste seit Wochen, ein ausgezeichnetes Programm, das verdient, aus der Vielzahl billiger Varietédarbietungen herausgehoben und besucht zu werden. Unterhaltung und Fröhlichkeit am laufenden Band.

Klaus S. Richter sorgte in humorvoller und sympathischer Weise für die Ansage. (Dank sei ihm, daß er durch seine kurzen Einwürfe literarischer Daten manchem zur Auffrischung seines Gedächtnisses verhalf!) Er stellte gleich zu Anfang ein äußerst begabtes jugendliches Rollschuhpaar vor, Ellen und Fred, deren gut gefeilte Leistungen eine Augenweide waren. Durch hübschen Gesang unterhielten vortrefflich das Naumann-Quartett und Hilde Kimmel, Sopran, während Trux und Mackie humorvoll und äußerst geschickt zu zaubern und bezaubern wußten. Drei Spitzennummern machten den Abend zu einem vollen Genuß. Marianne und William Blacker in fast unübertrefflichen Tanzparodien. Beispielsweise „Moderner Swing" oder „Kaffeekränzchen um 1900". Solche Darbietungen bedürfen des Könnens, wie es hier bewiesen wurde. Heinz Erhard vom Sender Hamburg mit seinem Flügel. Wie er seinen Körper linkische Verbeugungen machen läßt, mit dem blödesten Gesichtsausdruck der Welt, rezitiert und parodiert („Das Gewitter", „Mabel": vorzüglich), das ist ein Auftritt, bei dem wir Tränen lachen. Den Abschluß der äußerst guten Vortragsfolge froheste Unterhaltung bildete Eldino. Ein junger, sehr junger Mann jonglierte. Und wie! Da war nichts von Anstrengung zu spüren. Ein flüssiges, elegantes Arbeiten, fast, als wäre alles nur Spiel. Eine Körperbeherrschung auf dem Schlappseil, als ob es nichts Leichteres gäbe, als dort einbeinig Balance zu halten, um Reifen zu werfen und Bälle tanzen zu lassen. — Kapellmeister Rolf Schickle begleitete am Flügel. Ein begeistertes Publikum spendete wohlverdienten Beifall. M. M.

**Das wohltemperierte Klavier,**

**gespielt von Erwin Grosse**

Der großen Aufgabe, dieses Fundamentalwerk barocker Klaviermusik in seiner Gesamtheit während mehrerer Abende zu spielen, wurde Erwin Grosse vollkommen gerecht. Es war ein Genuß, des „tägliche Roggenbrot des Pianisten" in der klaren konzessionslosen Interpretation Grosses zu hören. Die einzelnen Stimmen waren sehr schön herausgearbeitet und verschmolzen doch zu einem harmonischen Ganzen. Grosse spielte werkgetreu absolute Musik, das ist das schönste Lob, das man ihm zollen kann. Ng.

**Erste Kunstausstellung aller 4 Zonen**

Der Pressedienst der deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone teilt mit: Am 25. August 1946 wird in Dresden die „Allgem. Deutsche Kunstausstellung" eröffnet, in der zum ersten Male seit dem Zusammenbruch deutsche Künstler aus allen Zonen ausstellen werden.

**Deutsche Akademie der Wissenschaften.** Der Deutschen Akademie der Wissenschaften werden, wie ihr Präsident, der Rektor der Universität Berlin Prof. Dr. Johannes Stroux, in einer Pressekonferenz mitteilte, in großzügiger Weise reichliche Geldmittel zur Verfügung stehen, an die in keiner Weise irgendwelche Richtlinien geknüpft sind. Die Ergänzung der Mitglieder, von denen sich bisher 51 wieder gemeldet haben, erfolgt nach dem alten Wahlverfahren der Preußischen Akademie. Eine neue wesentliche Aufgabe wird die Arbeit in Forschungsinstituten sein, wobei die Uebernahme von Einrichtungen der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft möglich ist. Dies entspricht einem jetzt erst bekannt gewordenen Gedanken des Begründers der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Adolf von Harnack, der in einem nachgelassenen Briefe zum Ausdruck kommt. Die neue Deutsche Akademie hat mit der Deutschen Akademie in München unseligen nazistischen Angedenkens nicht das Geringste zu tun.

## Das gibt's nur anderswo!

Ein Mann betritt eine Behörde, hebt zackig den Arm und sagt laut und vernehmlich: „Heil Hitler!"

Die frühstückenden Beamten zucken zusammen, kommen wieder zur Besinnung, und einer sagt nach Ueberwindung des Schreckmoments:

„Hören Sie 'mal, haben Sie noch nicht bemerkt, daß der Heil-Hitler-Gruß außer Kurs ist?"

„So?", sagt der Mann gemütsruhig. „Wissen Sie, solange ich hier noch immer die alten Gesichter sehe, grüße ich auch weiter mit dem alten „Heil Hitler".

Wie gesagt, das gibt's nur anderswo!

## Kulturnotizen

**Die DEFA Berlin** hat sechs weitere Filme in Vorbereitung: Den Zirkusfilm „Allez-Hopp", Drehbuch H. F. Köllner, den modernen Kriminalfilm „Razzia", Drehbuch Gerhard Buchholz u. E. Klein, die Tucholsky-Novelle „Rheinsberg", Drehbuch Axel Eggebrecht, „Wozzek" nach dem dramatischen Fragment von Georg Büchner, Drehbuch Georg C. Klaren, die Offenbach-Operette „Die schöne Helena", Drehbuch ans Robert Bortfeldt und Helga Lothes, und den Film aus den Berliner Schreckenstagen „Kolonne Strupp" von Dr. Friedrich Wolf.

**Atomforschungs-Ingenieure** der amerikanischen Armee haben am Donnerstag die ersten radioaktiven Isotope, die bei den Arbeiten mit Atomenergie geschaffen wurden, für private Versuchslaboratorien zwecks friedlicher Anwendung der Atomenergie im zivilen Gebrauch freigegeben.

**Das State Departement in Washington** genehmigte die Aufführung einer Reihe von amerikanischen Stücken an deutschen Theatern.

Das während des Krieges zerstörte Radiuminstitut „Marie Curie" wird mit Hilfe der UNRRA in moderner Form neu aufgebaut. Es soll im Herbst seine Arbeit wieder aufnehmen.

**Dr. Ljubomir Romansky,** der erste Kapellmeister der Städtischen Bühnen in Frankfurt, wurde als musikalischer Oberleiter und Dirigent der Sinfonie-Konzerte an das großhessische Staatstheater in Wiesbaden verpflichtet.

(dana-Meldungen)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

### Festsetzung der deutschen Küstenschiffahrt

**Berlin**, 7. August (dana). Die Festsetzung der Zahl und Tonnage der Küstenschiffe, die der deutschen Wirtschaft bleiben, wurde vom Leiter des Amtes für Wassertransport der amerik. Militärregierung, Oberst Daniel R. Neff, bekanntgegeben.

Die Gesamtzahl der Deutschland bleibenden Schiffe beträgt 427 Küstenschiffe zu 165 526 Gewichtstonnen, von denen 81 Prozent der brit., 12 Prozent der amerik. und 7 Prozent der sowjet. Zone zugeteilt werden. Diese Schiffe werden der deutschen Wirtschaft unter der Aufsicht der alliierten Behörden zur Verfügung stehen.

Von den 31 der US-Zone zugeteilten Schiffen mit 19 951 Tonnen können 19 sofort in Dienst gestellt werden. Die Schiffe, die unter der Aufsicht der amerik. Militärregierung stehen, sind 12 Küstenschiffe sowie 19 Schiffe verschiedener Art.

Die anteilmäßige Aufteilung der deutschen Küstenflotte für jede Zone wurde vom Transportdirektorium auf Grund der Vorkriegstonnage errechnet, die von der Küstenschiffahrt von und zu den Häfen der betreffenden Zone transportiert worden war. Die franz. Zone wurde nicht berücksichtigt, weil es dort keine Häfen gibt.

Eine Handelsflotte von 200 000 Tonnen war ursprünglich von der Handelsmarine-Kommission der drei Großmächte für die Wirtschaft Nachkriegsdeutschlands vorgesehen. Eine Untersuchung der deutschen und skandinavischen Häfen durch die Küstenschiffahrtskommission ergab jedoch, daß nur 165 000 Tonnen zur Verfügung standen.

Die Schiffe werden in deutschem Besitz bleiben, von deutschen Mannschaften gefahren und die Erlaubnis haben, Fahrten im deutschen Küstengebiet auszuführen. Nach einer Entscheidung des alliierten Kontrollrates sind sie zunächst noch nicht berechtigt, ausländische Häfen anzulaufen.

### Deutsche Vermögenswerte in Oesterreich

**Washington**, 7. August (dana). „Die Ver. Staaten werden", so erklärte der Staatssekretär im amerik. Außenministerium, Dean Acheson, auf einer Pressekonferenz, „diejenigen Vermögenswerte, die bei Beginn des Krieges Eigentum von Angehörigen alliierter Nationen waren und danach in den Besitz der Deutschen übergingen, nicht als deutsches Eigentum anerkennen."

Im Zusammenhang mit Berichten über die Uebernahme deutscher Unternehmen in Bulgarien seitens der Sowjetunion wies Acheson darauf hin, daß bereits Verhandlungen zwischen den Ver. Staaten und der Sowjetunion geführt würden, welche Vermögenswerte als deutsches Eigentum in Bulgarien und Rumänien anzusehen sind.

Die Sowjets vertreten den Standpunkt, erklärte Acheson, daß die Vermögenswerte, die ursprünglich Angehörigen alliierter Nationen gehörten und in deutschen Besitz übergegangen sind, jetzt als deutsches Eigentum zu betrachten seien. Die Ver. Staaten dagegen seien der Auffassung, daß derartige Werte Eigentum derjenigen Länder und Personen seien, die sie vor dem Kriege besessen hätten. Diese amerik. Auffassung stimme mit der gemeinsamen Erklärung der alliierten Nationen vom Januar 1943 überein, worin ausdrücklich festgestellt wurde, daß solches Eigentum nicht als deutsches anzusehen ist.

### Textilerzeugung in der Sowjetunion

**Moskau**, 7. August. (dana) Der neue Fünfjahresplan sieht, wie der stellvertretende Minister für Textilindustrie in der Sowjetunion erklärte, die Einrichtung und Wiederherstellung von 200 Textilfabriken vor.

# DIE WIRTSCHAFT

**Industrielle Erzeugung der UZ-Zone steigt**

**Berlin**, 7. August. (dana) Die industrielle Produktion in der amerikanischen Zone Deutschlands zeigt weiterhin einen ständigen Anstieg, wie Generalmajor William H. Draper, Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, am 6. d. M. berichtete. Die Produktion hat im Laufe des Monats Juni 29 % der gegenwärtigen Kapazität erreicht. Das ist der höchste Prozentsatz seit der Besetzung. Die bisherige Höchstleistung wurde im Mai erreicht. Die Industrie arbeitete in diesem Monat durchschnittlich mit 26 % ihrer Kapazität. Zu Beginn des Jahres betrug der Produktionssatz nur 10 bis 12 %.

Die Kohlenförderung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands erreichte im Juni 95 % der Kapazität. Da aber die amerikanische Zone nur ein Prozent aller Kohlenbergwerke in Deutschland enthält, können die Kohlenbergwerke der amerikanischen Zone nur einen geringen Prozentsatz des Zonenbedarfs liefern. Die Förderung im Ruhrgebiet ist auch angestiegen. Sie wuchs bis auf 2 % Abstand von der Höchstleistung an, die erreicht wurde, bevor die Verringerung der Nahrungsmittelrationen in der britischen Zone einen starken Rückgang verursachte.

Die Erzeugung von Barrenstahl stieg im Juni sprungweise bis auf 15 325 Tonnen an. Die Maiproduktion betrug 12 300 t. Auch in diesem Falle muß jedoch der Hauptanteil des Bedarfs der amerikanischen Zone durch Stahl-Einfuhr aus dem Industriegebiet der Ruhr gedeckt werden.

Die Textilfabriken der amerikanischen Zone haben unter Benutzung der aus den Vereinigten Staaten eingeführten 10 000 Tonnen Baumwolle einen verhältnismäßig hohen Produktionssatz erreicht. In den nächsten Monaten werden weitere 50 000 Tonnen Baumwolle aus den Vereinigten Staaten eintreffen. Es wird erwartet, daß die Produktion der Textilfabriken dann nahezu die Kapazitätsziffer erreichen wird. Etwa 60 % der Fertigprodukte werden entsprechend dem neuen „Einfuhr-Selbstbezahlungsplan" zur Deckung der Rohbaumwolle ausgeführt werden.

Der Bericht, der vor Annahme des Angebots der Wirtschaftseinheit mit der amerikanischen Zone durch Großbritannien von der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung abgefaßt wurde, warnt vor unzeitgemäßem Optimismus hinsichtlich des kommenden Winters. Die industrielle Tätigkeit wächst zwar allmählich an, doch werden gleichzeitig die Vorräte an Rohmaterialien verbraucht.

**Darlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.**

Die Pressestelle des Staatsministeriums berichtet: Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin hat ihre Tätigkeit, insbesondere die Rentenzahlung und die Durchführung von Heilverfahren, seit Kriegsende eingestellt. Diese Aufgaben sind seitdem in Nord- und Südwürttemberg sowie in Hohenzollern von der Landesversicherungsanstalt Württemberg in Stuttgart-W, Rotebühlstraße 133, übernommen worden. In diesen Landesteilen sind eine größere Anzahl von Gemeinden, gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Einzelpersonen, welche Darlehen von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erhalten haben. Es bestehen Zweifel darüber, wohin die Schuldner des Darlehen die vertragsmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen abführen sollen. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg ist beauftragt, diese Zahlungen treuhänderisch entgegenzunehmen. Die Schuldner werden aufgefordert, sich bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg zu melden und die notwendigen Angaben zu machen. Eine Abschrift der Schuldurkunde und des Tilgungsplans ist einzureichen. Zahlungen werden auf Girokonto Nr. 148 bei der Städt. Girokasse Stuttgart oder auf Postscheckkonto Nr. 1161 beim Postscheckamt Stuttgart unter Angabe der Darlehensnummer erbeten. Nähere Auskunft erteilt die Landesversicherungsanstalt.

**Kruppwerke Essen für friedliche Zwecke**

Über das zukünftige Schicksal der Kruppwerke in Essen meldet der Deutsche Pressedienst, daß die brit. Militärbehörden von dem ursprünglichen Plan, die „Waffenschmiede Deutschlands" dem Erdboden gleichzumachen, abgekommen sind. Ein Teil der Essener Werke wird friedlichen Produktionszwecken zugeführt werden.

Die engl. Militärregierung hat jetzt einen Plan zur Ansiedlung von Leichtindustrie in den stillgelegten Werkanlagen ausgearbeitet, der dem Alliierten Kontrollrat in Berlin vorliegt. Der englische Plan sieht die Nutzbarmachung der zum Teil erheblich zerstörten Werkanlagen in der Weise vor, daß an die in Frage kommenden Industriezweige Werkgelände mit Hallen vergeben werden soll. Die Trümmerbeseitigung und die Aufräumungsarbeiten können z. Zt. noch nicht im notwendigen Umfang aufgenommen werden, weil die notwendigen Arbeitskräfte dafür fehlen. Man schätzt, daß für die Aufräumungsarbeiten auf dem gesamten Kruppgelände rund 5000 Arbeiter benötigt werden. Die z. Zt. in den Kruppwerken tätigen 13 000 bis 14 000 Arbeiter sind zum Teil mit solchen Vorarbeiten beschäftigt, zum anderen Teil arbeiten sie in der von der engl. Militärregierung zugelassenen Lokomotiv-Reparaturwerkstatt, die bereits seit Herbst 1945 wieder in Betrieb ist. Die von der engl. Militärregierung für Essen geplante Ansiedlung einer neuen Leichtindustrie sieht vor allem die Heranziehung von Holz- und Metallwarenfabriken, Herstellern für elektrotechnische und chemische Artikel, sowie für Haushaltswaren und Keramik vor. (dana)

**Gesteinsmehle**

Von zuständiger Seite erhalten wir zu dem in Nummer 55 vom 11. 7. 1946 erschienenen Artikel „Revolutionierung künstlicher Düngung. Bodensanierung durch Gesteinsmehl" eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Wenn der Handelsdünger fehlt, wird immer nach Ersatz verlangt. Das ist ein an sich erfreuliches Zeichen, das jedem klar beweist, wie notwendig die Handelsdünger sind und wie wichtig sie vom Bauern hinsichtlich der Ertragshöhe eingeschätzt werden. Aber der Nachfrage wird prompt mit häufig angeblich Wunder wirkenden Ersatzmitteln gedient. Die dabei propagandistisch angewendten Behauptungen stellen meistens die Tatsachen und Erfahrungen geradezu auf den Kopf. Somit war auch die Anpreisung der Steinmehle eigentlich schon längst fällig.

Zunächst weisen diese an der Steinmehldüngung so stark interessierten Kreise auf die angeblich strukturverschlechternde Eigenschaft der gebräuchlichen mineralischen Handelsdünger hin, preisen dagegen die „strukturnormalisierende" Wirkung ihrer Steinmehle. Bei einem vernünftigen Gebrauch der Handelsdünger trat keine Strukturverschlechterung des Bodens ein. Unwirtschaftlich hohe Gaben von Natron- und Chilisalpeter oder Kainit führen allerdings auf schweren Böden häufig (bei weitem nicht immer) zu Verschlämmungen, Verkrustungen und Verhärtungen. So verwendet, waren diese Handelsdüngergaben falsch am Platze. Wie aber will das Steinmehl seine „revolutionierende" Strukturwirkung ausüben? Auf mittleren und schweren Böden kommt es für die Strukturverbesserung, in wirtschaftlich erträglichem Maße angewendet, überhaupt nicht in Betracht. Ein Lehmboden besitzt in der Krume mindestens 1,5 Mill. kg ebenso feine und wirksame Mineralteile wie das Steinmehl. Dieser Menge gegenüber besagen die 2000, 3000 oder auch 5000 kg Steinmehl, die wir mit einer wirtschaftlich erträglichen Gabe auf das Hektar bringen, geschweige denn von 300 oder 500 kg, gar nichts. Eine solche strukturverbessernde Wirkung wurde auch noch nie beobachtet. Auf Sandböden, bei denen das Steinmehl vielleicht eine Verbesserung herbeiführen könnte, wenn es in sehr hohen, unwirtschaftlichen Gaben verwendet wird, ist die Struktur durch die üblichen Handelsdünger kaum in Mitleidenschaft gezogen worden.

Immer und immer wieder wurde seit einigen Jahrzehnten bei Besprechung aller Düngungsmaßnahmen darauf hingewiesen, daß die Grundlage jeder Bodenverbesserung und jeder Nährstoffgabe die Versorgung mit Humus bildet. In Schrift und Wort wurde unermüdlich auf die pflegliche Behandlung des Stallmistes, der Jauche und Gülle, des Kompostes, der Gründüngung und ihre zweckmäßige Anwendung aufmerksam gemacht. Diese wirtschaftseigenen Düngemittel bilden neben den im Boden verbliebenen Ernterückständen im Wesentlichen die Quelle, aus denen die wachsende Pflanze ihren Aufbaustoff organischer Natur schöpft, die bodenbürtige, bei der Zersetzung der organischen Substanz entstehende Kohlensäure. Gemeingut wurde die gegenseitig sich ergänzende Versorgung von Boden und Pflanze mit organischen und mineralischen Düngemitteln jedem sachverständigen Bauern. Allein den Steinmehlleuten ist eine solche Anwendung scheinbar ein Geheimnis geblieben.

Auch wird es jedem einleuchten, wenn wir dem Boden durch die Düngung nicht in „hochkonzentrierten Lösungen", sondern in mäßigen und durchaus erträglichen festen Bestandteilen die mineralischen Stoffe wiedergeben, welche die Pflanzen ihm entzogen haben. Dieser harmonischen Ernährung unserer Kulturpflanzen haben wir zu einem großen Teil die Steigerung unserer Erträge um das Doppelte, Dreifache, ja Vierfache zu danken. Wenn jetzt die Erträge notgedrungen zurückgehen, so muß dieses Absinken als sicherster Beweis für die Notwendigkeit der die Kernnährstoffe Stickstoff, Phosphorsäue, Kali und Kalk enthaltenden Handelsdünger in der Form, wie sie seit Jahren geliefert werden gelten.

Als neuester wirksamer Stoff der Steinmehle müssen auch die Spurenelemente herhalten. Sicherlich ist noch kein Spurenelement im Steinmehl ernsthaft geprüft worden. Alles, was darüber gesagt wird, ist daher leerer Schall und Rauch. Gewiß werden Steinmehle, die kohlensauren Kalk enthalten, und auf saure Böden kommen, eine Verbesserung des Bodens und eine Steigerung der Erträge herbeiführen können. Diese mögliche Ertragssteigerung ist aber allemal zu teuer bezahlt, denn mit den billigeren Düngekalken können wir weit eher eine solche Ernteerhöhung durchführen. Auch wollen wir nicht bestreiten, daß man mit Phosphoriten, also mit Rohphosphaten, wenn sie genügend feingemahlen und dazu noch weicherdig sind, auf geeigneten Böden eine Phosphorsäure-, möglicherweise je nach der Zusammensetzung, auch eine Kalkwirkung erreichen können. Im Gegensatz zu früher glauben wir sogar, daß solche Phosphate nicht nur auf Hochmoorböden, sondern auch auf sauren Mineralböden, den Ertrag steigern. Diese Fälle ausgenommen, haben aber die verschiedenartigsten Steinmehle bei allen streng objektiv durchgeführten Versuchen in der Landwirtschaft weder eine Ertragssteigerung noch eine Güteverbesserung der Ernteprodukte ergeben. Im Gegenteil wurde bei ihrer Anwendung nicht selten ein Ertragsrückgang beobachtet.

Wer — und das sei der Schluß dieser Erwiderung — sein Geld nicht zum Fenster hinauswerfen und sich vor unliebsamen Überraschungen auf dem Acker schützen will, läßt deshalb die Hände weg vom Steinmehldünger.

**Zweite USA-Baumwoll-Lieferung.** Die zweite für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands bestimmte Baumwoll-Lieferung aus den Ver. Staaten wird zwischen dem 15. und 20. August in Bremen erwartet. Die Verteilung der Baumwolle soll durch eine Zentralstelle beim Länderrat vorgenommen werden. (dana)

**Die Welt-Zinn-Erzeugung** wird nach einem Washingtoner Bericht des Amtes für zivile Produktion erst im Jahre 1949 wieder das Vorkriegsniveau erreichen. Als Grund hierfür wird angeführt, daß der Orient normalerweise 70 Prozent der Welt-Zinn-Vorräte liefert. (INS)

**Export- und Importaufträge für US-Zone.** Verschiedene Ex- und Importaufträge für die amerikanische Zone konnten durch Vermittlung der amerikanischen Militärregierung, abgeschlossen werden. Nach der Tschechoslowakei werden 40 Tonnen Freongas vom KG Farbenwerk in Höchst zur Ausfuhr gelangen. Von den Ver. Staaten werden in die amerik. Zone 2500 Tonnen Schwefel eingeführt werden, die zur Verwendung in der Gummi- und der pharmazeutischen Industrie, zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und für die Kunststoffaser-Industrie bestimmt sind. Aus Frankreich werden 1000 Tonnen Harz für die Papier- und chemische Industrie eingeführt werden. (dana)

**60 000 Tonnen Ammonium-Nitrat-Dünger.** Rund 60 000 Tonnen Ammonium-Nitrat-Dünger werden in den Monaten August und September von der Ver. Staaten für Deutschland, Japan und Südkorea zur Verfügung gestellt werden, wie das Amt für die zivile Produktion bei der amerik. Militärregierung bekanntgibt. Die Düngemittel sind zur Ergänzung der zur Zeit noch ungenügenden einheimischen Kunstdüngerproduktion in den betreffenden Ländern bestimmt. (dana)

**Frühere deutsche Betriebe der österreichischen Regierung übertragen.** Sechs ehemals deutsche Industriebetriebe in der amerikanischen Besatzungszone Oesterreichs sind nach einer Mitteilung der amerikanischen Besatzungsbehörden in Oesterreich am 6. d. M. der österreichischen Bundesregierung in treuhänderische Verwaltung übergeben worden. Der größte dieser Betriebe ist die Lenzinger Zellwolle- und Papierfabrik, die etwa 1500 Arbeiter beschäftigt. Zurückgegeben wurden u. a. ferner die Schöller-Werke und Aluminium-Werke Insteeg, die Gmundener Keramik-Fabrik, die Baufirma Dayckerhoff & Widmann in Ebensee und die Siemens-Bau-Union. Erst vor kurzem wurde das Tauern-Kraftwerk der österreichisch. Bundesregierung übergeben. (dana)

## SPORT

**Städekampf Mannheim — Karlsruhe.** Am Sonntag, 11. August, nachmittags 1/23 Uhr, findet auf dem Platz der Mühlburger Einigkeit an der Durmersheimer Straße der Städtekampf Mannheim — Karlsruhe im Ringen und Gewichtheben statt. Der veranstaltende Verein hat durch Erstellung einer Natursportbühne auf seinem Platz gute Sichtmöglichkeit, selbst für eine platzfüllende Zuschauermenge geschaffen. F.M.

**Zweites Motorradrennen in Stuttgart.** Die Württembergische Rennfahrervereinigung führt am Sonntag, 18. Aug. 1946, ein zweites Rennen auf der Aschenbahn des Neckarstadions durch. Wieder sind Solo- und Seitenwagenrennen in sämtlichen Klassen vorgesehen, mit den besten Spitzenfahrern am Start.

**In der russischen Staatsmeisterschaft spielten** Spartak Moskau und Dynamo Kiev 2:2 und Dynamo Moskau siegte gegen den Central Roten Armeeklub 1:0.

## Schach-Post

**Aufgabe Nr. 16 von Samuel Loyd**
Boston Evening Gazette 1859

**Matt in 3 Zügen**
Eine Frühearbeit des großen Meisters

Zwei Partien aus dem Mannschaftskampf Durlach-Pforzheim am 21. Juli. Beide Partien erheben keinen Anspruch auf meisterliche Spielführung, sie bestätigen einmal mehr den Satz: wer den vorletzten Fehler macht, hat gewonnen.

Weiß: W. Weiler, Durlach — Schwarz: Eberle, Pforzheim
1. d4, d5. 2. c4, e6. 3. Sc3, Sf6. 4. Lg5, c6. 5. e3, Le7. 6. Sf3, Sb—d7. 7. Ld3, h6. 8. Lf4, a6. 9. c:d5, c:d5. 10. Tc1, Lb4. 11. o—o, L:c3. 12. b:c3, o—o. 13. Dc2, b5. 14. e4, Lb7. 15. e5, Se8. 16. Dd2, f6. 17. Lg6, De7. 18. h4, Sc7. 19. h5, Sb6. 20. e:f6, T:f6. 21. Le5, Tf8. 22. Lc2, Sc4. 23. Dd3, Tf5. 24. g4, Ta—f8. 25. g:f5, T:f5. 26. L:c7, D:c7. 27. Sh4, Sb2. 28. De2, Tg5+. 29. Kh1, e5. 30. Tg1, De 7. 31. Sg6, T:g6. 32. T:g6, Dh4+. 33. Kg2, Lc7. 34. Th1 ... aufgegeben.

Weiß: Liede, Pforzheim — Schwarz: Rößler, Durlach
1. c4, c5. 2. Sc3, Sf6. 3. g3, Sc6. 4. Lg2, e6. 5. e3, Le7. 6. Sg—e2, 0—0. 7. 0—0, a6. 8. d4, c:d4. 9. e:d4, d5. 10. c:d5, S:d5. 11. S:d5, e:d5. 12. Le3, Le6. 13. Tc1, Db6. 14. b3, Tc8. 15. Sc3, Tf—d8. 16. Sa4, Da7. 17. Sc5, Lf5. 18. Df3, L:c5. 19. T:c5, S:d4. 20. L:d4, T:c5. 21. D:f5, b4. 22. L:c5, b:c5. 23. L:d5, De7. 24. Lc4, g6. 25. Df3, Td6. 26. De3, De7. 27. De8+, Kg7. 28. Te1, Td8. 29. De5+, D:D. 30. T:D ... aufgegeben.

**Eine Blindkurzpartie Aljechin's**

Weiß: Korfis — Schwarz: Aljechin
1. e4, e5, 2. Sf3, Sc6, 3. Lb5, a6, 4. La4, d6, 5. d4, b5, 6. Lb3, S:d4, 7. S:d4, e:d4, 8. Ld5, Ta—b8, 9. Lc6+, Ld7, 10. L:7+, D:d7, 11. D:d4, Sf6, 12. Sc3, Le7, 13. 0—0, 0—0, 14. Lg5?, b4!, 15. Sd5?, S:d5, 16. D:d5, Tb5 ... aufgegeben.
G. Becker, Durlach, Auerstraße 2.

**Schachmeisterschaft von Württemberg**

In der 6. Runde des Schachturniers um die Meisterschaft von Nordwürttemberg in Kirchheim-Teck kam es am 6. d. Mts. zu wichtigen Vorentscheidungen. Dr. Ludwig schlug als Nachziehender den ohne Punktverlust an der Spitze liegenden Kraus in 23 Zügen. Grimm besiegte Zaiser und Habermann verlor gegen Cäsar. Der Tabellenstand ist nunmehr folgender:

Kraus (Weilheim) und Grimm (Stuttgart) je 5 Punkte.
Dr. Ludwig (Göppingen) 4½ Punkte, Cäsar (Kirchheim) 4 Punkte.
Habermann (Heidenheim) 3½ Punkte, Zaiser (Stuttgart), Becker (Untertürkheim) und Gukelberger (Zuffenhausen) je 3 Punkte.
Dr. Widenmann (Ellwangen), Berner (Zuffenhausen) und Schopper (Stuttgart) je 2½ Punkte; Lutz (Untertürkheim) und Schmaus (Türkheim) je 1½ Punkte; Walliser (Zuffenhausen) ½ Punkt.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-10. Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.


### Familien-Nachrichten

**Friedrich Breitschwerdt**, geb. 14. 4. 1899, gest. 4. 8. 1946, mein lb. Mann, Sohn u. Brud., uns. treubes. Vater u. Opa, wurde unerw. schnell von uns genommen. In unsagb. Schmerz: Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

**Lotte Vetter**, unsere liebe Tochter u. Schwester, ist am 5. 8. 46 im Alter von 23 J. heimgegangen. In tiefer Trauer: Fam. Theodor Vetter nebst Angeh. Khe.-Knielingen, Litzenaustr. 11. Für erw. Teiln. dank. wir herzl.

**Franz Trauth**, Werkm. a. D., mein Mann u. lb. Vater, Groß- u. Urgroßvat., starb am 3. 7. 46 i. Alt. v. 78 J. nach schw. Leid. Für d. viel. Blum.- u. Kranzsp. herzl. Dk. Eva Trauth u. Kinder. Philippsburg, Rote Torstr. 6.

**Hans Hoffmann**, Dentist, mein lb. Mann, uns. gt. Vater, ist am 7. Juli nach schw. Krankh. i. Alt. v. 49 J. v. uns gegang. Für erw Teiln. herzl Dank. In tief. Schm.: Ella Hoffmann u. Kinder. Graben, Spöckerstr. 10.

**Waltraud Caspary**, meine einz. Tochter ist am 2. 8. im 20 Lebensj. in Überlingen unerw. gestorben. Beerd. Friedh. Durl. am 9. 8., 14.30 Uhr. Bitte von Beileidsbesuchen abzusehen. Willy Caspary, Durlach.

**Theodor Glasstetter**, m. lb., gt. Mann, starb am 30. 7. Für alle erw. Anteilnahme, sowie für die Kranz- und Blumenspenden sage ich herzlichen Dank. In tiefer Trauer: Lucia Glasstetter, Karlsruhe, Enzstraße 25.

**Ihre Verlobung zeigen an:** Trudel Bächlin, Mühlburg/Wiesental — Josef Görth, Khe., Scherrstr. 7a, III., 4. 8. 1946.

**Verlobte:** Doris Bürkle-Schildé — Fritz W. Burgmann. Wilferdingen — Straßburg, Ettlingen — Mannheim, 10.8.1946.

**Ihre Vermählung geben bekannt:** Ludwig Ferstl — Marga Ferstl, geb. Horn, München, Karlsruhe, Hohenzollernstraße 24. Trauung 10. August 46, 14 Uhr, Matthäuskirche.

**Am 10. August beginnen wir unsern gemeins. Lebensweg.** Toni Wickel — Ilse Wickel geb. Pfeifer. K.-Dammerstock, Bussardweg 14. Trauung: 15 U., St. Franzisk., (Dammerst.)

**Brigitte Marianne**, 3. 8. 46, ist angek. In dankb. Freude: Frau R. Graf, Ing. M .Graf, Khe., Taubenstraße 37a.

**Wolfgang Joachim.** Stammhalter angekommen: Herm. Weiler u. Frau Hanna, geb. Held, z. Zt. Klinik Dr. Stich.

### Veranstaltungen

**Gloria-Palast**, Rondellplatz: Bis einschließlich 16. August: „Sechs Schicksale" Auf der Grenzscheide von Schicksal und Zufall stehen auch die sechs Episoden dieses Filmes. Auf dieser schillernden Doppeldeutigkeit beruht seine atemberaubende Spannung. Beginn: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Vorverkauf von 10.00—12.00 Uhr.

**Palast-Lichtspiele**, Herrenstr. 11: Ab 27. Juli wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen.

**Atlantik-Lichtspiele**, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor): „Stolz und Vorurteil", eine reizende Gesellschaftskomödie von Liebe und Glück. Anfangszeiten: 15.00, 17.30, u. 20.00 Uhr.

**Rheingold**, Rheinstr. 77, Ruf 6283: Tägl. 13.00 u. 15.00 Uhr: Nur noch heute und morgen der Großfilm mit Hans Albers „Sergeant Berry". Ab Samstag: „Fünf Helden". Jugendliche zugelassen. Achtung! Heute und morgen letzte **Spätvorstellung**, 22.30 Uhr, mit „Sergeant Berry". Vorverkauf an der Tageskasse.

**Metropol**, Neckarstr. 32, Ruf 951. Der große Revuefilm „Du warst nie berückender". Tägl. 15, 17.30, 20 Uhr.

**MT in K.-Durlach:** Heute letztmals: „Nacht im Hafen". Ein Film von Liebe und Leidenschaft. Ab morgen: Hans Albers in „Sergeant Berry". Beginn 3.15, 5.30, 8.00 Uhr.

**Kali in K.-Durlach:** Heute letztmals „Sprechstunde für Liebe". Ab morgen „Abe Lincoln in Illinois". Der Aufstieg des großen amerikanischen Präsidenten. Beginn 3.45, 6.00, 8.30 Uhr.

**Skala in K.-Durlach**, Pfinztalstr. 92a, Ruf 180: Tägl. 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr: Nur noch heute der große Abenteuerfilm „Nacht im Hafen". Ab Freitag: „Sergeant Berry" mit Hans Albers. Jugendl. zugelassen.

**Gastspieldirektion Heinz Hoffmeister: Triumph der Heiterkeit**, der Meisterabend froher Unterhaltung wird des großen Erfolges wegen am Samstag, den 10. August, 19.30 Uhr, in der Festhalle, Durlach, wiederholt. Zwei Stunden Jubel, Trubel, Fröhlichkeit. Karten im Vorverkauf: Kunsthaus Büchle, Ludwigsplatz, Germania-Kiosk, Buchhandlung Schauberger-Heß, Durlach und an der Abendkasse. Nach der Vorstellung Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen.

**Zirkus Hellas!** Der Zirkus, der jeden begeistert. **Bruchsal Meßplatz, Eröffnungsvorstellung Samstag, den 10. August 1946, 8 Uhr.** Sonntag, den 11. bis Dienstag, den 13. Aug., tägl. 2 Vorstellungen, 3.30 und 8.00 Uhr. Auch nachmittags das Rekord-Programm unsterblicher Zirkuskunst, mit bezaubernden Frauen und tollkühnen Männern, mit herrlichen Dressuren und urkomischen Clowns. 2 Stunden voller Tempo und Spannung, voller Frohsinn und Lachen — das bringt Ihnen Zirkus Hellas. Raubtierschau und öffentliche Dressurproben, ab Sonntag, den 11. Aug. tägl. von 10 Uhr an geöffnet. Vorverkauf nur an den Zirkuskassen. Am 10. Aug. ab 15.00 Uhr, ab 11. Aug. tägl. von 10—12.30 Uhr, 13.30—17.00 und ab 18.00 Uhr. Karten jeweils für 2 Tage im Voraus. Telefonische Bestellungen werden nicht angenommen. Fahrradwache Im Zirkus Pforzheim Meßplatz, Eröffnung am 15. Aug. 1946. Telefonruf Bruchsal Nr. 278, Pforzheim Ruf Zirkus.

### Vereins-Anzeiger

**Verband der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen für Württemberg und Baden** (Selbsthilfe-organisation) Kreisverband Karlsruhe. Folgende Versammlungen finden statt: **Freitag**, den 9. August 1946, 20 Uhr, Saal Bonifatiuskirche, Schillerstraße für die gesamte Weststadt, einschl. Hardtwaldsiedlung und Mühlburg. **Samstag**, den 10. 8. 46, 20 Uhr, in Knielingen, Gasthaus „zum Schwanen". **Sonntag**, den 11. August 1946, 17 Uhr, im Saal der Firma Haid & Neu, Karl-Wilhelmstraße, für die Oststadt, Rintheim und Hagsfeld. Thema in allen Versammlungen: Der neue Rentenversorgungsentwurf, Organisationsfragen. Eingeladen werden alle Kriegsversehrten, Fliegeropfer, Arbeits- und Unfallinvaliden und Hinterbliebene.

### Aus Handel und Industrie

**Gold- und Silberschmiede-Innung Karlsruhe** gibt hiermit die Goldschmiedewerkstätten bekannt, die in Karlsruhe und Bezirk arbeiten: Friedr. Abt u. Sohn, Nokkstr. 4. Franz Amolsch, Ecke Bahnhof- und Karlstr. Richard Groutars, Herrenstr. 20. Hermann Widmann, Essenweinstraße 32. Adelbert Wehrle, Yorckstr. 61. Fritz Ohneberg, Durlach. Otto Mehrer, Berghausen. Nur die genannten Firmen sind Goldschmiede und arbeiten selbst.

### Amtliche Bekanntmachungen

**Namentliche Erfassung der Medizinalpersonen.** Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung für Nord-Württemberg und Nord-Baden müssen sich sämtliche im Stadt- und Landkreis Karlsruhe ansäßigen Medizinalpersonen und zwar sowohl die im Arbeitseinsatz befindlichen, als auch die Nichttätigen beim Staatl. Gesundheitsamt Karlsruhe, Röntgenstraße 6 melden. Die Meldungen werden täglich in der Zeit vom 12. bis 17. August 1946 vormittags von 8—11 Uhr entgegen genommen. Zu dem meldepflichtigen Personenkreis gehören: 1. Krankenschwestern, die nicht einem Mutterhaus und nicht dem Reichsverband der freien Schwestern angehören 2. Säuglingsschwestern und Kindergartenschwestern 3. Techn. Assistenten und Assistentinnen, Laboranten und Laborantinnen. 4. Masseure und Masseurinnen. 5. Sprechstundenhilfen. 6. Desinfektoren. 7. Diätassistentinnen. 8. Gesundheitspflegerinnen. 9. Leichenschauer und Leichenschauerinnen, Bestattungsordner. 10. Krankenpfleger 11. Fußpfleger und Fußpflegerinnen. 12. Bademeister und Bademeisterinnen. Die übrigen Medizinalpersonen erhalten in den nächsten Tagen durch die betr. Standesorganisation nähere Weisung. Nach Anordnung der Militärregierung hat die Unterlassung der Meldung allenfalls eine Untersagung der Berufstätigkeit usw. zur Folge. Karlsruhe, den 2. August 1946. Staatl. Gesundheitsamt.

**Anordnung über Änderung der Höchstpreise für die nachstehend aufgeführten Schnittholzsortimente vom 18. Juli 1946.**

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Preisbildung für inländisches Nadelschnittholz vom 10. Juli 1943 (RGBl. I S. 401) in Verbindung mit dem Vereinfachungserlaß vom 30. September 1944 werden folgende Preiszuschläge gestattet:

1. **Beim Verkauf durch den Bearbeiterbetrieb:** §
a) **Bauholz:** Fi.Ta.Kie. nach Liste und Vorratskantholz. Der Grundpreis des Preisgebietes 25 wird um RM 4.— je cbm erhöht. Der dem Säger bisher gestattete Preis beim Verkauf von Listenbauholz bei Mengen bis 5 cbm wird ihm auch beim Absatz an den Handel gestattet.
b) **Latten:** Fi.Ta.Kie. Latten, Kreuzholz und Rahmen. Der Grundpreis des Preisgebietes 25 wird für Latten der Güteklasse I und II von 24 mm aufwärts stark und von 3 m aufwärts lang um RM 3 — je cbm erhöht.
c) **Hobelwaren:** Hobeldielen, Stab- und Faserbretter, Stülpschalung und Fußleisten. Das mit Erlaß des RfPr. vom 30. 9. und 30. 10. 1944 für Hobeldielen eingeführte Mischsortiment (Güteklasse 1—3) wird hiermit aufgehoben. Diese Sortimente sind ab sofort nach den Vorschriften der Nadelschnittholzpreisverordnung v. 10. Juli 1943 zu sortieren. Für Hobeldielen I. Klasse 24 mm stark gilt für alle Nadelschnittholzsorten der Grundpreis zuzüglich RM —.24 je qm
2. **Beim Verkauf durch den Holzhandel:** Wird Bauholz nach Liste verkauft, so darf der in § 7 der Verordnung bestimmte Höchstzuschlag von RM 4.— je cbm nicht überschritten werden.
3. Alle Zu- bzw. Abschläge für Schnittklassen, Längen und Dicken und alle sonstigen in der Nadelschnittholzpreisanordnung vom 10. 7. 1943 in Verbindung mit dem Vereinfachungserlaß vom 30. 9. 1944 enthaltenen besonderen Vorschriften, die den Absatz von Bauholz, Latten und Hobelwaren betreffen, sind auch weiterhin in Kraft.
4. Diese Bewilligung ist bis 31. 12. 1946 befristet.

Stuttgart-S, den 25. Juli 1946. Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden, Preisaufsichtsstelle.

**Fundsachen der Straßenbahn.** Für Fundsachen aus der Zeit vom 1. April 1945 bis 31. März 1946 erlischt der Eigentumsanspruch. Wer Ansprüche geltend machen will, wird aufgefordert, diese bis spätestens 15. August 1946 beim Fundbüro der Straßenbahn, Tullastraße 71, anzumelden.

**Bullen-Absatzveranstaltung in Heilbronn a. N.** am Donnerstag, den 29. August 1946 beim Schlachthof. Beginn der Sonderkörung: 9.30 Uhr. Beginn des Verkaufs: 11.00 Uhr. Die Gemeinden und Bullenhalter, die Bedarf an gekörten Zuchtbullen haben, werden gebeten, denselben bis Samstag, den 17. August 1946 beim Tierzuchtamt in Schwäbisch Hall anzumelden. Tierzuchtamt Hall.

### Verloren / Gefunden

**Hohe Belohnung** demjenigen, welcher mir über mein seit dem 4. 5. 46 vermißtes Kind „Dieter", 2¾ Jahre alt, 1 m groß, mittelblond, Muttermal (eiförmiger br Fleck) am rechten Oberschenkel, zweckdienliche Angaben zur Auffindung machen kann. Wo wurde um Aufnahme oder eine Pflegestelle nachgesucht bzw. ein solches Kind abgegeben, evtl. in Krankenhaus, Sanatorien, Kinderheimen, Pensionen od. in Privat ein solches Bübchen beobachtet, welches vorher nicht zu diesem Haushalt gehörte? In welchem Jugendamt wurde zur Adoption ein solches Kind angemeldet oder bereits umgeschrieben? Für Neu-Zuzug Lebensmittelkarten verlangt oder polizeilich gemeldet? Um Mitteilungen, auch v. d. kleinst. Beobacht., welche verschw. beh. werden, bittet höfl.: Ludw. Karch, Gasthof z. Storchen, Waldkirch i. Br. od. Xaver Hellriegel, Textil- u. Schuhhaus, Blankenloch bei Karlsruhe.

**Lederbeutel mit RM 700.—** Inhalt am 1. 8. a. d. Wege v. d. Brauerei Moninger b. z. Hirschbr. verl. Der Finder w. geb., d. geg. g. Bel. Bahnhofstr. 44 bei Fritz Reith abzugeben.

**Schw. D.-Strickweste** v. Viehmarkt bis Sparkasse verl. Abzugeben geg. Belohnung Weber, Durlach, Kelterstraße 1.

**Grüne Leder - Umhängetasche** m. Inhalt, Kennkarte Marie Kneip, Khe., Marienstr. 49, verl. a. 4. 8., zw. 4 u. 5 U., v. Rappenwört nach Marienstr. Abz. geg. hoh. Bel.

**Aktentasche m. Radioröhren**, AZ 1, ACH 1, AB 2, AF 3, AL 4, AM 2 etc., liegengeblieb. Albtalb. Khe. Find. erh. beste Bel. Findling, Ettlingen, Lechleiterstr. 1.

**Rucksack mit Traggestell** am 31. 7. in Zug 1.56 Uhr ab Ettlingen in Fischweier liegen geblieben. Geg. gute Belohnung abzugeben Ettlingen, Aug.-Kast-Str. 18.

**Zwei Luftmatratzen** zw. Daxl. u. K. Krug am 4. 8. 46 verl. Ehrl. F. w. geb. geg. gt. Bel. s. z. meld. W. Harsch, Khe., Yorckstr. 41.

**Brieftasche**, br. Leder, am 5. 8. verl. Geg. s. gt. Bel. abzugeben bei Naas, Khe., Melanchthonstr. 4, III.

**Tabakspfeife** am 2. 8. 46 in Mühlb. verl. G. Bel. abzug. Khe., Rheinstr. 69, II. r.

**500 RM Belohnung!** Weißer, mittelgroßer, kurzhaariger Dalmatinerhund mit kleinen schwarzen Flecken am Ohr, entlaufen. Hört auf den Namen „Candy". Dem Finder w. ob. Bel. zuges. Nachr. erb. an Leutn. Parkinson, Third Army Transient Hotel, Kaiserallee 4.

**Wo ist ein Klavier** während der Besetzung durch die Franzosen **abhanden gekommen!** Nachricht unter 8170 an BNN.

**Schnauzer** am 5. 8. auf 6. 8. entlaufen. Abzug. geg. gt. Belohnung. Khe., Tel. 1385.

### Unterricht

**Schwarzwaldschule Triberg**, staatl. anerkannte Oberrealschule mit Internat. Gesunde Wald- u. Höhenlage. Sexta bis Oberprima. Abitur an der Anstalt selbst. Auskunft u. Prosp. durch die Direktion.

**Portugiesisch und Spanisch** für Anfänger. Beginn der Abendkurse am 2. Sept. Anmeldung nur bis 20. Aug. Unterrichtsmaterial wird zur Verfügung gestellt. Auslandschule Sorg. Wiss. Ltg. Dr. Hörmann, Karlsruhe, Beethovenstr. 9, Ruf 3069.

**Engl.-Kindergärten**, Phon. Klassen, Schulkinderklassen, Abendkurse, engl. Anf., fortgeschrittene Konversationszirkel. Beginn 2. Sept. Anmeldung bis 20. Aug. Auslandschule Sorg. Wiss. Ltg. Dr. Hörmann, Karlsruhe, Beethovenstraße 9. Ruf 3069.

### Vermietungen

**Gewerberäume**, hell, 100 qm f. Großhandl. o. leichtere Fabr. geeign. Südstadt, Nähe Post u. Bahnh. Karlsruhe. Wohng. 2 Zimmer u. Küche (leicht Instands. erforderl.) sofort zu vermieten. Angebote unter 6652 an BNN Pforzheim.

### Mietgesuche

**Büro- u. Lagerräume** von Textilgroßhandlg. gesucht, 50—200 qm. Für teilbeschädigte Räume kann für Instandsetzung Baumaterial gestellt werden. Angebote unter 8165 an BNN.

**Bis 200 qm Fabrikationsraum** mit Gas- und Stromanschluß für saubere Fertigung sof. gesucht. Schulz, Karlsruhe, Bunsenstraße 13, auch telef. Anruf 4878.

**2 Räume** für kunstgewerbliche Werkstätte u. Büro-Räume, ca. 60—70 qm, mögl. im Zentr. od. Weststt. gel., ges. Angebote u. 7634 an BNN.

**Leerstehende Fabrikräume** od. Hallen ab Oktober gesucht, welche sich als Winterquartier für ein Circusunternehmen eignen, zum Unterstellen von Wagen u. als Stallung in Karlsruhe od. Umgegend. Angebote erbittet Circus Adolf Althoff, Darmstadt (Meßplatz). Telephon Nr. 350.

### Immobilien

**Lebensmittelgeschäft** oder dergl. zu pacht. od. kauf. gesucht. Angebote unter 6123 an BNN **Durlach**.

**Einfamilienhaus**, 5 Zimmer m. Küche, gr. Okonomiegebäude m. Werkstatt u. Garten, Bezirk Khe., geg gleichw. Haus i. d. Geg. Stuttg. A. u. 8076 an BNN.

**Villa** zu kauf. od. mieten ges. Ang. erb. an Immobilienmakler M. Kübler & Sohn, Khe., Yorckstr. 49.

**Bäckerei** v. 30j., l., selbst. Bäckerm. z. p. od. kf. ges. Angeb. unt. 8121 an BNN.

### Verkauf

**Ladeneinricht.** f. Kol.-Waren, m. Ladentheke, weiß, Preis 850 M, zu verk. Anzusehen von 1—5 Uhr. Tel. 828.

**Etwa 150 St. Barackenteile**, Holzrahmen mit Eisenbeton ausgegossen, Gr. ca. 1800 mal 600, sofort abzugeben. Anfragen u. 7981 an BNN.

**Abfallholz** — Reisigabfälle f Industriezwecke laufend p. Waggon abzugeben. Angebote unter 7962 an BNN.

**Ziegelputzmaschinen**, fahrb., höhenverstellb. Muldenförderbänd., Achsenabst. 10 u. 15 m, Antrieb: Dieselmot., dto. m. El.-Motor, dto. m. el. Trommelmotor, Betonmischer ohne Motor, 150 u. 250 l, Brechstang., 700 u. 1500 lg., Stein-, Koks- und Kartoffelgabeln, Tafel- und Streifenbleche lieferbar. Tischlereibandsäge, Größe Din E 18804 zu verkaufen Angebote unter 7995 an BNN.

**2 Nirosta-Kessel**, 600 l Inhalt, doppelwandig (Wasserbad), mit direkter Feuerung od. Dampf zu verwenden, zu verkaufen; ca. 2000.— RM. Angeb. unt. 8048 an BNN.

**Schwarzkitt** für Blechner- u. Installat.-Geschäfte, ferner Lötfett liefert Oelimport Bahm, Karlsruhe, Vorholzstraße 48.

**Rostschutzfarben**, Rostlöseöl, Holzimprägnierungen, Dachlack, Klebstoffe, Kaltleim an Händler und Verbraucher bei Gebindegestellung. August Götze Nachf., Hamburg 13, Badestr. 36.

**4 PKW.-Decken** mit Schläuchen 5×25-5×50/16 zu verkaufen. Angeb. an Alfred Södes, Khe., Moltkestr. 25.

**„Münchener „TT - Spindel"**, Vorrichtung an die Nähmaschine zum Spinnen von Wolle, Flachs und Hanf. Wiederverkäufer gesucht. Mit Holzscheinen sofort lieferbar. Theodor Triebenbacher, München 15, Bayerstraße 77a, Tel. 70 385.

**Kugelgelenke**, einfach u. doppelt ausziehbare Kugelgelenkwellen, Bohrstangengelenke, Winkelgelenke, in allen Abmessungen, kurzfrist. lieferbar. Kurt Fuchs jr., Pforzheim, Eisenbahnstraße 3.

**Personen- u. Lastenaufzug**, 500 kg Tragfähigkeit, aus zerstört. Anwesen zu verk. Zu erfragen bei Ernst Keller, Pforzh.-Brötzingen, Arlingerstraße 6.

**Neu! Wasungen: Aufbaublock.** Nominal 10 RM, Aufl. 25 000 St., Preis 20 RM. Lieferung gegen Vorauskasse. Porto extra. Voigt & Hössel, Wasungen/Thüringen., Bahnhofstraße 1.

**Briefmarken-Sammler**, die an der Zusendung fortlauf. erschein. Sonderangeb. Interesse haben, geb. ihre Anschrift an H. J. Holler, Fachgeschäft für Briefmarken, (16) Wiesbaden), Michelsberg 4.

**Aelt. Fahrrad**, 30 M., Obstpresse, 50 M., u. Lautsprecher zu verkaufen. Angeb. unter 7989 an BNN.

### Stellenangebote

**Metalldrücker**, tücht., selbst., für Dauerbeschäft. gesucht. Heinrich Neudeck, Bruchsal, Stadtgrabenstraße 25.

**Bautechniker** (Hoch- u. Tiefbau), der vollverantwortlich die innerbetrieblichen Bauvorhaben planen, kalkulieren u. ihre Durchführung überwachen kann, gesucht. Ausführl. Bewerbung. an Augsburger Buntweberei Riedinger, Augsburg, Stadtbachstr. 9, erb.

**Trainer.** Größ. Sportverein (Hessen), sucht einen erfahrenen, ledigen Trainer für seine Fußball- u. Athletik-Mannschaften. Zuzugsgenehmigung, gute Verpflegung u. Zimmer gesichert. Gehalt nach Vereinbarung. Dauerstellung. Angeb. unt. 1944 an Südwest, An.-Exp., Karlsr., Rheinstraße 48.

**Gelernte u. ungelernte Kräfte** für Bauarbeiten od. leichte Fabrikation von Bauteilen gesucht. Wir bieten: Guten, sicheren Verdienst, auch Umschulung ohne Lohnausfall. Meldung bei Bauhilfe, Durlach, Grötzingerstr. 52.

**Schreiner**, der Spez. in Beiz. u. Polieren, in angen. Dauerstellung. ges. Auch Kriegsvers. für leicht. Arb. wollen sich meld. Ang. mit Ang. seith. Tätigk. u. Anspruch. unter 7953 an BNN.

**Aktmodell**, männlich, unter 20 Jahren, gesucht. Zu erfrag. Khe., Bussardweg 47.

**Direktrice**, für Damen- und Kinderkleider, die über großes Können verfügt u. langjähr. Erfahrungen i. d. Leitung von Konfektionsbetrieben hat, nach Augsburg gesucht. Zuschr.ift. unter S.V. 5513 beförd. WEFRA-Werbeges., Frankfurt/M., Stiftstraße 2.

**Wäsche-Näherinnen** f. Neuanfert. u. Reparat. v. Herrenwäsche, mögl. i. Heimarbeit, ges. Thiel, Karlsr., Markgrafenstraße 30a.

**Tücht. Modistin**, perfekt in Stumpenverarbeitung, ges. Angeb. unt. 7626 an BNN.

**Tücht. Modistin** per sofort gesucht. Trudel Büsseler, Damenhüte, Khe., Kaiserallee 7, beim Mühlb. Tor.

**Büglerinnen**, Näherinn., Wäscher(innen), Fleckenputzer(innen), Hilfsarbeiterinnen, Hilfsarbeiter sof. gesucht. Färb. Printz, chem. Reinig., Großwäsch. Fabrik: Karlsruhe, Ettlingerstraße 65/67, beim Hauptbahnhof.

**Nähmädchen oder Gesellin** von erstklassiger Damenschneiderei gesucht. Günstige Arbeitsbedingungen. Angeb. unt. 8018 an BNN.

**Jung. Mädchen**, intell. u. zuverl., zur Instandhalt. der Praxisräume, d. Instrumentariums etc., in zahnärztliche Praxis gesucht. Näheres Khe., Westendstr. 54, zwischen 12—1 Uhr.

**Apotheken-Helferin**, perf. in Buchführung und allen schriftlichen Arbeiten, gesucht. Hirsch - Apotheke, Durlach.

**Helferinnen**, geübt od. zum Anlernen, gesucht. Wellpappenwerk Gebr. Jäger, K.-G., Bruchsal.

**Köchin**, selbst., in frauenlos. Gastwirtsbetrieb gesucht; ebenso Bedienung. Angeb. unter 7687 an BNN.

**2 Mädch.** od. jg. Frauen als Küchenh. für Betr.-Küche Karlsr.-Hbh., Albtalstr. 79, ges. Unterkft. u. Verpfl. i. Hause. Dt. Reichsb., Betr.-Kü., Bahnh. Khe. Hbf., Albtalstr. 79, Tel. 5813.

**Küchenh.**, Hot.-Zimm.-Mädch., Nachtpförtner(in), Hausm., Kochgeh. f. sof. ges. Weinhaus Hot. Karpfen, Khe., Waldstr. 67, Ruf Nr. 1.

**Fleiß. Mädchen** f. Küche u. jüng. Frl. zum Bedienen für Gasthaus sofort gesucht. K. Mössinger, jr., Durlach, Grötzingerstraße 23.

**Tücht. Mädchen** zur Mithilfe i. Laden u. Haushalt von Metzgerei gesucht. Angeb. unter 7717 an BNN.

**Ehrl., fl. Mädchen**, zw. 18 u. 25 J., in Metzgereihaushalt z. 1. 9. gesucht. Metzg. Jos. Franz, Karlsruhe, Lessingstraße 53.

**Ehrl., fl. Frau** od. Mädchen (Ostfl. angen.) flink u. gewissenh. f. d. Arb. i. gepfl. Haush. i. Dauerstell. ges. Wohngel. vorh., evtl. k. Möbel mitgebr. werd. Stöbe, Khe., Amalienstr. 28.

**Junges Mädel** od. Frau zur Hilfe i. Haush., halbtags, in Rüppurr, gesucht. Angebote unter 7704 an BNN.

**Ehrl. fl. Mädch.** in ged. G.-Haush. (3 P.) ges. Kastner, Khe., Douglasstr. 24, IV.

**Zuverl., ehrl. Mädchen** für Haush., halbtags, evtl. auch ganztäg., sof. ges. Huber, Karlsruhe, Barbarossaplatz Nr. 2. Tel. 4036.

**Hausgehilfin**, nicht unt. 20 J., fleiß. u. ehrl., f. Gesch.-Haush. auf sof. od. 15.8.46 ges. Bäck. Hohwieler, Khe., Kriegsstraße 185.

**Hausgehilfin** für sofort ges. Bäckerei Wagner, Khe., Kronenstraße 47.

**Hausgehilfin** in 2-Pers.-Haushalt sofort gesucht. Durlach, Rittnertstraße 71.

**Haushalthilfe**, selbst., tagsüber bei gut. Bezahl. von berufst. Ehepaar gesucht. Lais, Karlsruhe, Stefanienstraße 17.

**Ehrliche, fleißige Hausgehilfin** gesucht. Gute Behandlung u. Bezahlung. Angebote unter 7591 an BNN.

**Hausgehilfin**, ehrlich u. zuverl., f. kl. Gesch.-Haushalt ges. Klavier-Schlageter, Khe., Gartenstraße 59.

**Mädchen** für Haush. ges., das zu Hause schlaf. k. Metzg. Gemünden, Wilhelmstr. 16.

**Selbst. Hausangestellte** für 2-Pers.-Haush. in Einfam.H. m. Gart. baldmögl. gesucht. Angeb. unt. 7991 an BNN.

**Mädchen** für nachm. in kl. Haush. b. gt. Bez. ges. Ostflüchtl. angen. Dr. Hake, Khe., Karl-Schremppstr. 75.

**Fleiß. Tagesmädchen** für gepflegten 3.-Pers.- Haush. gesucht. Cappel, Karlsr., Weinbrennerstr. 52.

**Halbtagshilfe:** Suche f. mein. Haushalt tücht. Halbtagshilfe, welche kochen u. im Garten mitarbeiten kann. Gute Bezahlung zugesich. Angeb. unt. Telefon 7346.

**Stundenhilfe**, 1—2mal wöch. halbt. ges. Fraeulin, Khe., Roggenbachstraße 16.

**Hilfe** i. Haush. f. 4 Vorm. wöchtl. ges. gegen gt. Bez. Hasenaug, Klauprechtst. 34, pt.

**Tüchtige, zuverlässige Putzfrau** zu sofortigem Eintritt gesucht. Hirsch-Apotheke, Durlach.

**Putzfrau** ges. C. F. Müller, Buchdruck., Lammstraße 2.

**Putzfrau** für dreimal wöchentlich gesucht. Angebote an Hilfsstelle f. Donau-Schwaben, Khe., Wendtstr. 14, II.

**Jg. Stundenfrau** ges. Khe., Moningerstr. 5, II., lks.

**Stundenfrau** für Geschäftshaushalt gesucht. Angebote unter 7956 an BNN.

**Aufwartefrau**, einmal wöchentlich gesucht. Angebote unter 7970 an BNN.

### Stellengesuche

**Fachm. der Nahrungsmittel-Ind.**, Meister, 35 J., pol. unb., tatkr., angen. Ersch., s. geeign. Wirkungskr., a. Beteilig., Kauf o. Pacht a. Gesch., Kapital vorhand. Angebote u. 7745 a. BNN.

**Jung., tücht. Bäckermeister**, pol. unbel., sucht sich sofort od. spät. zu verändern in meisterlosen Betrieb. An gutes, selbständiges u. sauberes Arbeiten gewöhnt. Auch Uebernahme eines Betriebes angenehm. Angebote unter 6120 an BNN **Durlach.**

**Tücht. selbständ. Uhrmacher** mit kompl., moderner und neu eingericht. Werkstatt sucht passend. Wirkungskreis in klein. Städtchen. Wohnung wird erwünscht. Angebote unter 6711 an BNN **Pforzheim.**

**Mod. Bar-Quartett su.** Engagement bei amerikan. oder französischer Truppe. Frei ab 15. August. Angebote unter 7535 an BNN.

**Oberkellner**, gute Erscheinung, 31 J. alt, pol. unbel., mit engl. u. franz. Sprachkenntnissen, sucht passenden Wirkungskreis, auch auf eigene Rechnung. Angeb. unt. 8115 an BNN.

**Kraftfahrer** sucht Stelle. Kann sofort eintreten. Angebote unter 8011 a. BNN.

**Langj. Filialleiter**, Metzgermstr., zuverl., sucht leichte Arbeit, Dauerstellung. Angebote unter 7623 an BNN.

**Automechaniker**, 32 J., pol. unbel., mit langjähr. Fahrpraxis auf Fernlaster, sucht seine Stell. zu wechs. als Fahrer i. Fern- o. Nahverk. Angeb. unt. 7688 an BNN.

**Heizer u. Maschinist**, 20jährige Erfahr. als Lokheizer u. Führer, sucht Stellung, bevorz. wird Stelle in groß. Sägewerk od. Ziegelei im Schwarzw., Wohnung muß vorhanden sein, da verheiratet. Angebote unter 7709 an BNN.

**Zuv. Wachm.** m. Hund s. pass. Stelle. Ang. u. 7691 a. BNN.

**Perf. Verkäuferin** (Lebensm.) su. Stelle als Filialleiterin. Angeb. unt. 8114 an BNN.

**Nettes Fräulein**, 24 J., Ostfl., sucht Aufn. als Haustochter bei freundl., gebild. Leuten. Mit allen Hausarbeiten vertraut. Angebote unter 7710 an BNN.

**Aelteres Fräulein su.** sofort Stellung in kl. Haushalt. Angeb. unt. 8054 an BNN.

**Alt. tücht. Wirtschafterin** s. Stelle. Ang. u. 7975 a. BNN.

**Mädchen** sucht Stelle als Bedienung (Anfängerin). Angebote unter 7670 an BNN.

**Intell. Fräul.**, Gesch.-Tochter, selbständ. im Kochen, Wäscheausbessern, sowie all. häuslichen Arbeiten, sucht Stellung. Frieda Kirrgeß, Grötzingen bei Karlsruhe, Kirchstraße 13.

**Jung. Dame**, 20 J., ang. Aeuß., leichte Auffass.-Gb., Büro-geh.-Brüf., Steno, Schreibm., einige engl. Sprachkenntn., sucht entsprech., abwechslungsreiche Tätigkeit. Angebote unter 7677 an BNN.


BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg